

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hermann Glaser

Kultur und Gesellschaft in der Bundesrepublik

Eine Profilskizze 1945–1990

Martin Greiffenhagen

Die Bundesrepublik Deutschland 1945–1990

Reformen und Defizite der politischen Kultur

Wilfried von Bredow/Thomas Jäger

Die Außenpolitik Deutschlands

Alte Herausforderungen und neue Probleme

B 1–2/91

4. Januar 1991

Hermann Glaser, Dr. phil., geb. 1928; von 1964 bis 1990 Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg; Mitglied des PEN; Vorsitzender des Deutschen Werkbundes e. V.; Honorarprofessor an der Technischen Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Kleine Geschichte der modernen Weltliteratur, Frankfurt 1956; Das Dritte Reich — Anspruch und Wirklichkeit, Freiburg 1961/1979; Spießerideologie. Von der Zerstörung des deutschen Geistes, Freiburg 1965/1985; Eros in der Politik. Eine sozialpathologische Untersuchung, Köln 1967/1985; (Hrsg.) Bundesrepublikarisches Lesebuch. Drei Jahrzehnte geistiger Auseinandersetzung, München 1978/1980; (Hrsg.) Fluchtpunkt Jahrhundertwende. Ursprünge und Aspekte einer zukünftigen Gesellschaft, Bonn 1979/1981; Maschinenwelt und Alltagsleben. Industriekultur in Deutschland vom Biedermeier bis zur Weimarer Republik, Frankfurt 1981; (Hrsg.) Soviel Anfang war nie. Deutscher Geist im 19. Jahrhundert, München 1981/1984; (Hrsg.) Von der Kultur der Leute. Ein Lesebuch, Frankfurt-Berlin-Wien 1983; Das Verschwinden der Arbeit. Die Chancen der neuen Tätigkeitsgesellschaft, Düsseldorf 1988.

Martin Greiffenhagen, Dr. phil., geb. 1928; Buchhandelslehre, Studium der Philosophie, Literaturwissenschaft, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Heidelberg, Göttingen, Birmingham und Oxford; von 1962 bis 1965 Professor für Politikwissenschaft an der Päd. Hochschule Lüneburg; von 1965 bis 1990 Direktor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Stuttgart; seit der Emeritierung freier Publizist und Berater in Esslingen a. N.

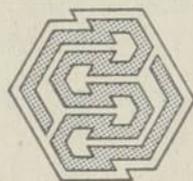
Veröffentlichungen u. a.: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, 1971; (mit Sylvia Greiffenhagen) Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands, 1979; Die Aktualität Preußens, 1981; Von Potsdam nach Bonn, 1986; Propheten, Rebellen und Minister — Intellektuelle in der Politik, 1986; (mit Sylvia Greiffenhagen) Das Glück — Realitäten eines Traums, 1988.

Wilfried von Bredow, Dr. phil., geb. 1944; Professor am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

Veröffentlichungen u. a.: Moderner Militarismus. Analyse und Kritik, Stuttgart 1983; Deutschland — ein Provisorium?, Berlin 1985; (mit R. H. Brocke), Krise und Protest. Ursprünge und Elemente westeuropäischer Friedensbewegungen, Opladen 1987.

Thomas Jäger, Dr. phil., geb. 1960; Diplom-Politologe; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

Veröffentlichungen u. a.: Neue Wege in der Deutschlandpolitik, Erlangen 1986; Europas neue Ordnung. Mitteleuropa als Alternative?, München 1990.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Die beiden Bände des Jahrgangs 1989 sind nur noch begrenzt vorrätig und können zum Preis von DM 25,— (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten bestellt werden.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Kultur und Gesellschaft in der Bundesrepublik

Eine Profilskizze 1945–1990

I.

In seiner wohl letzten Arbeit („Über den Begriff der Geschichte“), ehe er sich 1940 auf der Flucht vor den Nationalsozialisten in Spanien das Leben nahm, entwarf Walter Benjamin, anknüpfend an ein Bild von Paul Klee („Angelus Novus“), ein Bild vom Engel der Geschichte – ein Text, der zum Größten gehört, „was unser Jahrhundert an deutschsprachiger Prosa hervorgebracht hat“¹⁾. Er scheint im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind gespannt. „Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir Fortschritt nennen, ist *dieser* Sturm.“²⁾

1946 veröffentlichte der Historiker Friedrich Meinecke „Betrachtungen und Erinnerungen“, die er „Die deutsche Katastrophe“ nannte. Indem man,

Diesem Überblick liegen folgende Darstellungen des Verf. zugrunde: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 1: Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945–1948; Band 2: Zwischen Grundgesetz und Großer Koalition 1949–1967; Band 3: Zwischen Protest und Anpassung 1986–1989, München 1985, 1986, 1989; als Taschenbuchkassette Frankfurt 1990. Eine „Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“ erscheint im Frühjahr 1991.

¹⁾ Matthias Rüb, Aber ein Sturm weht vom Paradiese her. Eine Gedenkausstellung zum Leben und Werk Walter Benjamins in Marbach am Neckar, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. September 1990.

²⁾ Walter Benjamin, Gesammelte Schriften, I. 2., hrsg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Werkausgabe Band 2, Frankfurt 1980, S. 697 f.

und zwar mit Recht, die bisherige deutsche Geschichte Grau in Grau male, ihre Irrwege, Holzwege, Sackgassen aufzeige, ergebe sich bei Einkehr und Umkehr die Möglichkeit, ein „neues, zwar gebeugtes, aber seelisch reineres Dasein zu beginnen und den Entschluß zu stärken, für die Rettung des uns verbliebenen Restes deutscher Volk- und Kultursubstanz den uns verbliebenen Rest der eignen Kraft einzusetzen“. Dem hätte auch die Verwirklichung eines Wunschbildes zu dienen, das dem Autor „in den furchtbaren Wochen nach dem Zusammenbruch in den Sinn kam“: In jeder deutschen Stadt und größeren Ortschaft sollten sich gleichgerichtete Kulturfreunde zu einer Gemeinschaft im Namen Goethes zusammenfinden; diesen „Goethegemeinden“ würde die Aufgabe zufallen, „die lebendigsten Zeugnisse des großen deutschen Geistes durch den Klang der Stimme den Hörern ins Herz zu tragen – edelste deutsche Musik und Poesie zugleich ihnen immer zu bieten“³⁾.

Walter Benjamin beschwor als apokalyptische Vision geschichtliche Endzeit. Die tiefe Ratlosigkeit, die den aller bürgerlicher Sicherheit beraubten, in die gesellschaftliche und individuelle Einsamkeit verstoßenen Denker erfaßt hatte, wurde wenig später, im Herbst 1944, „weit vom Schuß“ (also aus der Distanz des Emigranten, was Reflexion ermöglichte), von Theodor W. Adorno auf den Begriff gebracht und auf die aktuelle Situation bezogen: „Der Gedanke, daß nach diesem Krieg das Leben ‚normal‘ weitergehen oder gar die Kultur ‚wiederaufgebaut‘ werden könnte – als wäre nicht der Wiederaufbau von Kultur allein schon deren Negation –, ist idiotisch. Millionen Juden sind ermordet worden, und das soll ein Zwischenspiel sein und nicht die Katastrophe selbst. Worauf wartet diese Kultur eigentlich noch?“ Selbst wenn Ungezählten Wartezeit bliebe, könnte man sich nicht vorstellen, daß das, was in Europa geschah, keine Konsequenz hätte, daß nicht die Quantität der Opfer in eine neue Qualität der gesamten Gesellschaft, die Barbarei, umschlüge. „Solange es Zug um Zug weiter-

³⁾ Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen. Wiesbaden 1946, S. 174 ff.

geht, ist die Katastrophe perpetuiert. Man muß nur an die Rache für die Ermordeten denken. Werden ebenso viele von den anderen umgebracht, so wird das Grauen zur Einrichtung und das vorkapitalistische Schema der Blutrache, das seit undenklichen Zeiten bloß noch in abgelegenen Gebirgsgegenden waltete, erweitert wieder eingeführt, mit ganzen Nationen als subjektlosem Subjekt. Werden jedoch die Toten nicht gerächt und Gnade geübt, so hat der ungestrafte Faschismus trotz allem seinen Sieg weg, und nachdem er einmal zeigte, wie leicht es geht, wird es an anderen Stellen sich fortsetzen.“⁴⁾

Die destruktive Logik der Geschichte war damit umrissen, ein Denk-Mal gesetzt, das die spätere Bundesrepublik als Notwendigkeit zu trauern hätte markieren müssen. Solche ethische Fundierung war freilich, wie die mangelnde Auseinandersetzung mit Schuld und Sühne zeigte, nur schwach ausge-

prägt — wenn überhaupt, dann dank des Wirkens vieler Künstler und Intellektueller; der Blick in den Abgrund wurde bei diesen nicht verdrängt oder verschleiert.

Als populärer erwies sich freilich die naiv-kulturelle Position, wie sie Meinecke einnahm. Sein Vorschlag macht deutlich, wie wenig offensichtlich der totale Zusammenbruch das bürgerliche Kulturbewußtsein verändert hatte, nicht einmal bei einem Autor von liberal-aufgeklärtem Standpunkt. Das Unfaßbar-Furchtbare wird mit Hilfe affirmativer Kultur „aufgefangen“; auf die Not des nach der totalen Niederlage isolierten Individuums antwortete sie wie eh und je mit idealistischem Illusionismus, mit dem Gebot allgemeiner Menschlichkeit; dem leiblichen Elend wird die Schönheit der Seele entgegengesetzt, brutalem Egoismus mit dem Hinweis auf das Tugendreich der Pflicht begegnet⁵⁾.

II.

Zwischen diesen beiden Polen kultureller Befindlichkeit — symbolisiert im scheiternden Engel der Geschichte und in Goethes alles versöhnender Menschlichkeit — entwickelte sich der Spannungsbogen eines Kulturbewußtseins, das sich seinen Standort zwischen Desolation und Biedersinn, Überlieferung und Neuanfang, Provinzialismus und Urbanität erst suchen mußte. Immer wieder Bekenntnis zu den Klassikern, die, in ihrem Ideenhimmel angesiedelt, gepriesen werden — als Vermittler zeitloser, ewig gültiger Werte fungierend, Lebenshilfe spendend. Daneben besinnliche Feuilletons aus literarischen Cafés, die es schon lange nicht mehr gab. Es rührt aus heutiger Sicht die Beflissenheit, mit der man daran ging, Kultur nach einer barbarischen Zeit wieder zu etablieren. Die Neurezeption von Goethes „Iphigenie“ war signifikant; viele Bühnen eröffneten mit diesem Drama ihre erste Spielzeit nach dem Krieg oder begriffen das Stück (neben Lessings „Nathan“) als Kern ihres Trümmerzeit-Spielplans. Daß jeder die Stimme der Wahrheit und Menschlichkeit höre, hatte das Dritte Reich zwar auf ungeheuerliche Weise widerlegt; man wollte diesen Sachverhalt als „Kulturwesen“ jedoch nicht zur Kenntnis nehmen. Selbst die Emigranten, zumindest in ihrer Mehrzahl, überwölbten den Kahlschlag, den sie antrafen, mit dem Glauben

an die unzerstörbaren Werte deutscher Geist- und Gemüthaftigkeit.

Wolfgang Langhoff, vor den Nationalsozialisten in die Schweiz emigriert, in Zürich als Schauspieler tätig, einer der ersten, die nach der Besetzung Deutschlands wieder zurückkehrten — als Intendant nach Düsseldorf (1946 übernahm er dann das Deutsche Theater in Ost-Berlin) — schrieb in einem „Deutschland-Brief“, am 18. Februar 1946 in der „Neuen Zeitung“ veröffentlicht, an die in Zürich verbliebenen Freunde und Kollegen: „Wenn ich zum Fenster hinausblicke, starren mich auf der anderen Straßenseite die leeren Löcher und zerbrochenen Fassaden der ausgebrannten Häuser an: ein Anblick, der dem Rückwanderer in den ersten zwei Wochen das Herz stillstehen läßt, an den er sich aber bald wie alle anderen so sehr gewöhnt, daß sein Auge darüber hinweggeht, als wäre alles in bester Ordnung. Was will man machen, wenn die Zerstörung das Normale, die Unversehrtheit das Anormale ist? Übertragt getrost dieses Bild des äußeren Zerfalls und die Gewöhnung daran auf den seelisch-sittlichen Zustand der Mehrheit der Bevölkerung, dann habt Ihr einen ungefähren Begriff von den Aufgaben, die sich mit den Worten ‚Wiederaufbau‘, ‚Erneuerung‘, ‚geistige Gesundung‘ und so weiter verbinden. Die Gewöhnung ist die furchtbarste Kraft und Fessel jeder Aufwärtsentwicklung.“

Trotz solcher pessimistisch-realistischen Einschätzung des Bewußtseinszustandes der Gesellschaft nach der Stunde Null erhebt sich Langhoff am Ende seines Briefes ganz in den Überbau affirmativer

⁴⁾ Theodor W. Adorno, *Minima Moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, Frankfurt 1984, S. 65.

⁵⁾ Vgl. Herbert Marcuse, Über den affirmativen Charakter der Kultur, in: *Kultur und Gesellschaft I*, Frankfurt 1965, S. 66.

Kultur, die er bei den anderen, schuldverdrängend, am Werke sieht: „Es ist herrlich, wieder in der Heimat zu sein. Was liebe ich also? Die Landschaft? Die Sprache? Die Literatur? Den Rhein? Einen Traum —? Ich habe einmal in der Schweiz in einem Interniertenheim für Mädchen Gedichte gesprochen. Es waren Mädchen aller Nationen. Nach dem Vortrag waren wir noch lustig zusammen. Die Mädchen sangen Lieder in allen Sprachen, weniger schön, aber frisch und laut. Sie nickten den Takt mit den Köpfen. Dann sangen sie ein paar allein: Schlager, Spottverse, auch revolutionäre Lieder. Schließlich sang eine Fünfzehnjährige hell, dünn, glockenrein, ohne jede Sentimentalität, Dehnung oder Färbung: ‚Sah ein Knab’ ein Röslein stehn . . .‘ Das ist es, glaube ich, was ich liebe und was mir den Glauben an Deutschlands Auferstehung erhält.“⁶⁾

Auferstehung Deutschlands aus dem Geiste einer Tradition, die verschüttet gewesen war und nun wieder aus der Tiefe emporstieg. Verwüstete Gefilde, doch erste grünende Hoffnung; freilich Zweifel an dem, was da blieb: „Horch hinein in den Tumult deiner Abgründe. Erschrickst du? Hörst du den Chaos-Choral aus Mozartmelodien und Herms Niel-Kantaten? Hörst du Hölderlin noch? Kennst du ihn wieder, blutberauscht, kostümiert und Arm in Arm mit Baldur von Schirach? Hörst du das Landserlied? Hörst du den Jazz und den Luthergesang?“⁷⁾

Wolfgang Borchert, 1921 geboren, schwerkrank aus dem Krieg heimgekehrt und 1947 verstorben, stellte solche „Anfragen“ an ein fragwürdig gewordenes Kulturbewußtsein mit der Expressivität eines Vertreters der verlorenen Generation. In seinem Stationen-Drama „Draußen vor der Tür“ (1947) kommt der frühere Unteroffizier Beckmann, nachdem er vergeblich versucht hat, seinem früheren Oberst die „Verantwortung“ zurückzubringen, zum Direktor eines Kabarets. „Sehen Sie“, sagt dieser, „gerade in der Kunst brauchen wir wieder eine Jugend, die zu allen Problemen aktiv Stellung nimmt. Eine mutige, nüchtern-revolutionäre Jugend. Wir brauchen einen Geist wie Schiller, der mit zwanzig seine *Räuber* machte. Wir brauchen einen Grabbe, einen Heinrich Heine! So einen genial angreifenden Geist haben wir nötig! Eine unromantische, wirklichkeitsnahe und handfeste Jugend, die den dunklen Zeiten des Lebens gefaßt ins Auge sieht, unsentimental, objektiv, überlegen. Junge Menschen brauchen wir, eine Generation, die die Welt sieht

und liebt wie sie ist. Die die Wahrheit hochhält, Pläne hat, Ideen hat . . . Jung muß diese Jugend sein, leidenschaftlich und mutig. Gerade in der Kunst.“⁸⁾

Was der Dichter in ironischer Brechung dem Kabarettedirektor in den Mund legt und dann durch die „Vogelscheuchengestalt“ des geschundenen, ekstatisch zerrissenen, verzweifelten Kriegsheimkehrers mit der Gasmaskenbrille ad absurdum führen läßt, trifft in der Stimmungslage den Oberflächenglanz des damaligen Kulturbewußtseins, das oft genug in ein idealistisches Imponiergehabe pervertierte — unterstützt von den alliierten Umerziehungsmaßnahmen, die den Opportunismus mit seinen Mundbekenntnissen förderten. In den Worten des Kabarettedirektors: „Positiv! Positiv, mein Lieber! Denken Sie an Goethe! Denken Sie an Mozart! Die Jungfrau von Orleans, Richard Wagner, Schmelting, Shirley Temple!“

Unterhalb der Ebene kulturellem Gartenlaubenglücks entwickelte sich freilich auch ein unromantischer und handfester Wirklichkeitssinn. Den dunklen Seiten des Lebens sah man gefaßt ins Auge, naiv-staunend oder überlegen-abgebrüht oder mit einer Mischung aus beidem. Helmut Schelsky hat rückblickend 1957 die Nachkriegsjugend als „skeptische Generation“ bezeichnet: nüchtern, ideologiefiern und propagandaresistent. Die in Kriegs- und Nachkriegszeit erfahrene Not und Gefährdung der eigenen Familie durch Flucht, Ausbombung, Deklassierung, Besitzverlust, Wohnungsschwierigkeiten, Schul- und Ausbildungsmängel oder gar durch den Verlust der Eltern oder eines Elternteils hätten einen sehr großen Teil dieser Jugend frühzeitig gezwungen, für den Aufbau und die Stabilisierung ihres eigenen Daseins Verantwortung oder Mitverantwortung zu übernehmen. Die Gefährdung der vitalen materiellen Lebensgrundlagen und die damit verbundenen Erschütterungen der Beziehungen innerhalb der Familie, im Bereich der Schule und beruflichen Ausbildung hätten eine den anderen Jugendgenerationen in diesem Ausmaß und dieser Eindringlichkeit nicht zugängliche neue Bedürfnisgrundlage (als Streben nach sozialer Verhaltenssicherheit) geschaffen: „Sie sah und sieht sich heute vor die Notwendigkeit und die Aufgabe gestellt, diese persönliche und private Welt des Alltags, vom Materiellen her angefangen, selbst stabilisieren und sichern zu müssen.“ Für Schelsky bedeutete der jugendliche Skeptizismus bzw. Konkretismus eine Absage an romantische Freiheits- und Naturschwärmereien, an einen vagen Idealismus, aber auch an intellektuelle Planungs- und Ord-

⁶⁾ Wolfgang Langhoff, Ein Deutschland-Brief, in: Neue Zeitung vom 18. Februar 1946.

⁷⁾ Wolfgang Borchert, Das ist unser Manifest, zit. nach Klaus Wagenbach (Hrsg.), Lesebuch. Deutsche Literatur zwischen 1945 und 1959, Berlin 1980, S. 13.

⁸⁾ Wolfgang Borchert, Draußen vor der Tür und Ausgewählte Erzählungen, Hamburg 1956, S. 31 ff.

nungsschemata, die das Ganze in einem Griff zu erfassen und zu erklären glaubten⁹⁾.

Die pragmatisch sich entwickelnde Skepsis korrespondierte mit einer wirklichkeitsbezogenen, das Realitätsprinzip jedoch auch transzendierenden Kultur der Ernüchterung. Günter Eich etwa war ein Dichter, der „Inventur“ machte, affirmativer Sprache den Stuck abschlug und mit seiner lyrischen Reduktionstechnik die „Lage“ blank und schmucklos, tapfer und schutzlos beschrieb:

„Dies ist meine Mütze,
dies ist mein Mantel,
hier mein Rasierzeug
im Beutel aus Leinen.

*Konservenbüchse:
Mein Teller, mein Becher,
ich hab in das Weißblech
den Namen geritzt.*

*Geritzt hier mit diesem
kostbaren Nagel,
den vor begehrliehen
Augen ich berge . . .“¹⁰⁾*

Die schöpferische Kraft war zwar verdorrt, aber nicht erstorben. Die Bleistiftmine wird dem im Gefangenenlager isolierten Dichter zum Instrument der Hoffnung; sie liebt er am meisten: „Tags schreibt sie mir Verse, / die nachts ich erdacht.“

III.

Als die Welt endete, fing sie auch wieder an. Später wurde klar, daß die Stunde Null gar kein wirklicher neuer Anfang gewesen war; aber angesichts des totalen Zusammenbruchs empfand man sie so: Formel der Hoffnung, Synonym für Erwartung.

Eich gehörte zur „Gruppe 47“, die 1947 im Haus der Schriftstellerin Ilse Schneider-Lengyel im Allgäu zum ersten Mal zusammengekommen war und einen neuen Sprach- und Schreibstil zu kreieren suchte, der sich im finstersten Deutschland den Verlockungen des inneren Deutschland — also dem eskapistischen Innerlichkeitskult — entzog. „Der Ton der kritischen Äußerungen ist rau, die Sätze kurz, knapp, unmißverständlich. Niemand nimmt ein Blatt vor den Mund. Jedes vorgelesene Wort wird gewogen, ob es noch verwendbar ist, oder vielleicht veraltet, verbraucht in den Jahren der Diktatur, der Zeit der großen Sprachabnutzung. Jeder Satz wird, wie man sagt, abgeklopft. Jeder unnötige Schnörkel wird gerügt. Verworfen werden die großen Worte, die nichts besagen und nach Ansicht der Kritisierenden ihren Inhalt verloren haben: Herz, Schmerz, Lust, Leid. Was Bestand hat vor den Ohren der Teilnehmer sind die knappen Aussagesätze. Gertrude Stein und Ernest Hemingway sind gleichsam unbemerkt im Raum. Der Dialog, der Sprechstil dominiert. ‚Ja‘, sagt er, oder auch ‚nein‘, und das ‚Nein‘ und ‚Ja‘ hat Bestand, aber schon die nächste Wortzusammensetzung ‚Ja, du Gute‘ wird hohnlachend verworfen. Wer sagt schon noch ‚du Gute‘, und wenn er es sagt,

kann er es noch lange nicht schreiben, es sei denn ironisch, aber die Ironie ist abwesend in dieser ersten Zeit des Neubeginns.“¹¹⁾

Wolfgang Weyrauch nannte wenige Monate später in einem Kurzgeschichtenband neuer Erzähler („Tausend Gramm“) die Literatur, die bei diesem so privaten und intimen Treffen am Bannwaldsee sichtbar geworden war, „Kahlschlagliteratur“. Verpönt war die gepflegte, zur „Schönschreibekunst“ stilisierte bürgerliche Sprache in allen ihren Varianten; sie erschien veraltet, verrostet, verlogen. „Nichts hatte mehr Bestand vor der Wirklichkeit, in der wir lebten. Eine neue Sprache war notwendig, um diese Wirklichkeit transparent zu machen, eine Sprache der direkten Aussage, klar, eindeutig, präzise.“¹²⁾

Den physisch darbindenden, mental depravierten und kulturell orientierungslos gewordenen Menschen bot sich „Kultur“ als „Überlebensmittel“ an, das begierig, aber auch pathetisch ergriffen wurde. Der dumpfe Provinzialismus, der das „Dritte Reich“ bestimmt hatte, konnte nun, nachdem die westlichen Alliierten die kulturellen Fenster für den Blick nach draußen wieder öffneten, schrittweise überwunden werden. Die Erbschaft der Zeit war schwer genug. „Ein Volk in der Masse ohne bestimmte Form des Geschmacks, im ganzen unberührt von der moralischen und ästhetischen Verfeinerung benachbarter Kulturländer, philosophisch von konfuser idealistischer Begrifflichkeit, prosaisch dumpf und unpointiert, ein Volk der Praxis mit dem — wie seine Entwicklung lehrt — alleinigen biologischen

⁹⁾ Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend (1958), Düsseldorf-Köln 1963, S. 74 ff.

¹⁰⁾ Günter Eich, Inventur, in: Gesammelte Werke, Band 1, Frankfurt 1973, S. 35.

¹¹⁾ Hans Werner Richter, Wie entstand und was war die Gruppe 47?, in: Hans A. Neunzig (Hrsg.), Hans Werner Richter und die Gruppe 47, Frankfurt 1981, S. 52 ff.

¹²⁾ H. W. Richter, ebd., S. 54.

Ausweg zur Vergeistigung durch das Mittel der Romantisierung oder der Universalierung, läßt eine antisemitische Bewegung hoch, die ihm seine niedrigsten Ideale phraseologisch verzaubert, nämlich Kleinbausiedlungen, darin subventionierten, durch Steuergesetze vergünstigten Geschlechtsverkehr; in der Küche selbstgezogenes Rapsöl, selbstbebrütete Eierkuchen, Eigengraupen; am Leibe Heimatkürkeln, Gauflanell und als Kunst und Innenleben funkisch gegrölte Sturbannlieder. Darin erkennt sich ein Volk. Ein Turnreck im Garten und auf den Höhen Johannisfeuer — das ist der Vollgermane. Ein Schützenplatz und der zinnerne Humpen voll Bock, das sei sein Element. Und nun blicken sie fragend die gebildeten Nationen an und erwarten mit einer kindlich anmutenden Naivität deren bewunderndes Erstaunen.“¹³⁾

Gottfried Benn, der auf diese Weise das vorausgegangene NS-Unkulturbewußtsein charakterisierte, wurde insofern zur geistigen Schlüsselfigur der Trümmerzeit, als seine Dichtung Weltflucht und Weltsucht in sich verschmolz. Auf der einen Seite sah er im Gehirn einen Irrweg, was dem weiterwirkenden Irrationalismus entsprach; auf der anderen wies er den Weg ins gelobte Land urbaner Freiheit und rationaler Welt-Anschauung. Der Lyriker, für Benn die wichtigste Spezies unter den Künstlern, könne gar nicht genug wissen, er könne gar nicht genug arbeiten; er müsse an allem nahe dran sein, er müsse sich orientieren, wo die Welt heute halte, welche Stunde an diesem Mittag über der Erde stehe. „Er muß Nüstern haben — mein Genie sitzt

in meinen Nüstern, sagte Nietzsche —, Nüstern auf allen Start- und Sattelplätzen, auf dem intellektuellen, da wo die materielle und die ideelle Dialektik sich voneinander fortbewegen wie zwei Seeungeheuer, sich bespeidend mit Geist und Gift, mit Büchern und Streiks — und da, wo die neueste Schöpfung von Schiaparelli einen Kurswechsel in der Mode andeutet mit dem Modell aus aschgrauem Leinen und mit ananasgelbem Organdy. Aus allem kommen die Farben, die unwägbaren Nuancen, die Valeurs — aus allem kommt das Gedicht.“¹⁴⁾

Mit Benns Ambivalenz identifizierte sich die junge Generation, die nicht so recht wußte, ob sie aus der Not eine Tugend machen und „innerlich“ bleiben sollte, oder ob sie die Trutzburgen der Seele verlassen, die Mauern metaphorischen Hochmuts schleifen und sich in den Strudel großstädtischer Modernität stürzen sollte. Benn artikulierte die Widersprüchlichkeiten des der Trümmerzeit immanenten mentalen Strukturmusters:

— Absage an die Eitelkeit der Welt, wobei die Introspektion durchaus auch kokette Züge trägt;

— Fernweh nach einem besseren Leben (das sich z. B. an den goldenen Jahren der Weimarer Republik orientiert und die Verdampfung durch den nationalsozialistischen Provinzialismus beklagt);

— Unterwegssein in Richtung Zukunft, das die Hoffnung auf Ankunft bald rhapsodisch, bald ironisch, bald skeptisch, bald konkretistisch durchspielt.

IV.

1948/49 war man an einem Ziel angelangt, das man 1945 angesichts der totalen Niederlage mit verheerender Zerstörung und Verwahrlosung nicht mehr glaubte anvisieren zu können. Mit der Währungsreform wurde ein materieller Unterbau geschaffen, der sich im Laufe der Zeit als so tragfähig erwies, daß der kulturelle Überbau, wie er im Grundgesetz mit den Grundrechten geradezu idealtypisch geschaffen wurde, nicht mehr ins Wanken kam. Der Staat sei um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen, hat es im Verfassungsentwurf des Beratenden Konvents von Herrenchiemsee geheißt. Gerechtigkeit als überwöl-

bendes Prinzip schloß Sozialstaatlichkeit (mit der Sozialpflicht des Staates) ein. Freiheit und Gleichheit wurden vielfältig aufgefächert — als Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, als Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, als Gleichheit vor dem Gesetz, als Gleichberechtigung von Mann und Frau, als Freiheit des Glaubens und des Gewissens, als Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, als Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre, als Organisations- und Versammlungsfreiheit, als Recht auf Freizügigkeit, Berufswahl und Wahl der Ausbildungsstätte; das Eigentum sollte verpflichtet, sein Gebrauch dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

„Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen“ — diese Formulierung, wie sie der Grundsatzausschuß im Parlamentarischen Rat für die Präambel vorgeschlagen hatte, war zwar in der endgültigen Fassung nicht mehr anzutreffen; doch spiegelte das Verfas-

¹³⁾ Gottfried Benn, Kunst und Drittes Reich, in: Essays, Reden, Vorträge, Gesammelte Werke in vier Bänden, hrsg. von Dieter Wellershoff, 1. Band, Wiesbaden 1965, S. 315 ff.

¹⁴⁾ Gottfried Benn, Probleme der Lyrik, in: Reden und Vorträge, Gesammelte Werke in acht Bänden, hrsg. von Dieter Wellershoff, 4. Band, Wiesbaden 1968, S. 1087 f.

sungswerk den festen Willen der demokratischen Kräfte, vereint das staatliche Schicksal zu meistern. Der deklamatorische Charakter des „Vorspruchs“ verstand sich als Option auf einen nationalen Zustand politischer Sittlichkeit, der endgültig den Unrechtsstaat des Nationalsozialismus überwinden sollte: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen . . .“¹⁵⁾

Die kulturelle Entwicklung vollzog sich freilich nicht nur „verfassungskonform“. Theodor W. Adorno konstatierte zwar in seinem Aufsatz „Auferstehung der Kultur in Deutschland?“ im Mai 1950, daß er von dem hier herrschenden geistigen Klima positiv überrascht sei. Man erwartete, daß der nackte Zwang zur Selbsterhaltung während des Krieges und der ersten Jahre danach dem Bewußtsein das gleiche angetan hätte, was den Städten durch die Bomben widerfuhr. Man setzte Stumpfheit, Unbildung, zynisches Mißtrauen gegenüber jeglichem Geistigen voraus; man rechnete mit dem Abbau von Kultur, dem Verschwinden der Teilnahme an dem, was über die tägliche Sorge hinausgehe. Davon könne aber keine Rede sein. Die Beziehung zu den geistigen Dingen sei stark. Allerdings wirkten — und damit wandte sich Adorno der dunklen Seite des sich formierenden deutschen Wirtschaftswunders zu — „Bilder“ aus dem autoritären Bereich weiter: „Die Welt ist aus den Fugen, aber die Fugen sind mit träger Masse ausgefüllt; die Kultur ist in Trümmern, aber die Trümmer sind weggeräumt, — wo sie noch stehen, sehen sie aus, als wären sie ehrwürdige Ruinen.“ In einem Augenblick, da die neugegründete „Bundesrepublik Deutschland“ den Versuch unternahm, wieder zum politischen Subjekt zu werden, stellte Adorno fest, daß der Begriff der Nation angesichts der geistigen und materiellen Produktivkräfte der Menschheit sich überlebt habe: „Der Geist wird lebendig sein in dem Augenblick, indem er nicht länger sich bei sich selber verhärtet, sondern der Härte der Welt widersteht.“¹⁶⁾

Statt dessen drohte der Geist zu verhärten, weil er sich der Härte der Welt unterwarf. Das bedeutete („positiv“ empfunden, der Notwendigkeit zu trauern sich entziehend): „Der Wohlstand steht auf!“ Diesen Satz in der „tragischen Komödie“ von Friedrich Dürrenmatt „Der Besuch der alten Dame“ — im Schauspielhaus Zürich Januar 1956

¹⁵⁾ Vgl. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, Textausgabe mit Erläuterungen von Prof. Dr. Friedrich Giese, Frankfurt 1949, S. 8.

¹⁶⁾ Theodor W. Adorno, Auferstehung der Kultur in Deutschland?, in: Frankfurter Hefte, (1950) 5, S. 169 ff.

uraufgeführt (deutsche Erstaufführung im Mai 1956 in den Münchner Kammerspielen) — empfand der Münchner Kritiker Hanns Braun als den „flehendsten, bestürzendsten, zentralsten Satz des Werkes“¹⁷⁾. Mit der Verwandlung der durchlittenen grauen Welt in etwas technisch Blitzblankes, inmitten „stampfender, rollender Zeit“, entwickelte sich das Glücksgefühl, den Anschluß an die Weltzivilisation wieder erreicht zu haben:

„DIE FRAUEN: Ziemende Kleidung umschließt den zierlichen Leib nun

DER SOHN: Es steuert der Bursch den sportlichen Wagen

DIE MÄNNER: Die Limousine der Kaufmann

DIE TOCHTER: Das Mädchen jagt nach dem Ball auf roter Fläche

DER ARZT: Im neuen, grünekachelten Operationssaal operiert freudig der Arzt

ALLE: Das Abendessen

Dampft im Haus. Zufrieden

Wohlbeschuh

Schmaucht ein jeglicher besseres Kraut

DER LEHRER: Lernbegierig lernen die Lernbegierigen.

DER ZWEITE: Schätze auf Schätze türmt der emsige Industrielle

ALLE: Rembrandt auf Rubens

DER MALER: Die Kunst ernähret den Künstler vollauf.

DER PFARRER: Es berstet an Weihnachten, Ostern und Pfingsten

Vom Andrang der Christen das Münster

ALLE: Und die Züge

Die blitzenden hehren

Eilend auf eisernen Gleisen

Von Nachbarstadt zu Nachbarstadt, völkerverbindend,

Halten wieder.“¹⁸⁾

Im Rückblick auf die Epoche des Wirtschaftswunders haben Alexander und Margarete Mitscherlich in ihrem Buch „Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens“ (1967) davon gesprochen, daß die Bundesdeutschen, indem sie sich der Auseinandersetzung mit der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit entzogen, zur materialistischen Expansion erst fähig wurden. Der Verlust des historischen Gewissens entband von der melancholischen Selbstanklage (der Selbstzerfleischung wie dem Selbsthaß der Melancholie). Unbekümmert

¹⁷⁾ Hanns Braun, Besuch der alten Dame. Dürrenmatt-Premiere in den Kammerspielen, in: Süddeutsche Zeitung vom 30./31. Mai 1956.

¹⁸⁾ Friedrich Dürrenmatt, Der Besuch der alten Dame, in: Komödien I, Zürich 1957, S. 356.

von der Notwendigkeit der „Bewältigung“ von Vergangenheit im Sinne des Freud'schen Erinnerns, Wiederholens, Durcharbeitens, empfand die große Majorität der Deutschen die Periode der nationalsozialistischen Herrschaft retrospektiv wie eine Infektionskrankheit in Kinderjahren. Die Regression, die man unter der Obhut des „Führers“ kollektiv vollzogen hatte, war von vielen zwar lustvoll erlebt worden: Es war herrlich, ein Volk der Ausgewählten zu sein; doch mit der Stunde Null, vor allem aber nach der Währungsreform und der Gründung der Bundesrepublik, ging man rasch, mit großer Verdrängungsenergie, zur Normalität über; als habe sich Ausschwitz nicht ereignet. „Alle Vorgänge, in die wir schuldhaft verflochten sind, wer-

den verleugnet, in ihrer Bedeutung umgewertet, der Verantwortung anderer zugeschoben, jedenfalls nicht im Nacherleben mit unserer Identität verknüpft. Die siegreichen Vormärsche werden glorifiziert, der Verantwortungslosigkeit, mit der auch Millionen Deutscher in einem Größenrausch geopfert wurden, wird selten gedacht.“ Alle Energie wurde vielmehr mit einer Bewunderung und Neid erweckenden Unternehmungsgeist „auf die Wiederherstellung des Zerstörten, auf Ausbau und Modernisierung unseres industriellen Potentials bis zur Kücheneinrichtung hin konzentriert“. Die Restitution der Wirtschaft wurde zum Lieblingskind; man widmete sich ihr mit „monomanischer Ausschließlichkeit“¹⁹⁾.

V.

Das Anpassungspotential, über das die „skeptische Generation“ verfügte, und das sich mit dem Elan und Opportunismus der anderen Generationen verband, wollte sich in den fünfziger und sechziger Jahren durchaus auch kulturell legitimieren. Der Schönheitskult als verdinglichte Form ästhetischer Entschlossenheit, Wohlstand als Teil eines sublimierten Lebensdesigns zu begreifen, gab dem restaurativen Charakter der Epoche einen kreativen Glanz. Die erfolgreichen Macher waren auch Freunde der schönen Künste.

Der große Erfolg der seit Oktober 1955 erscheinenden Zeitschrift „Das Schönste“ kann die gepflegte Geistigkeit der in der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky) nach oben drängenden Schicht verdeutlichen. Die „Monatsschrift für alle Freunde der schönen Künste“ (Theater, Filmkunst, Fernsehen, Tanz, Musik, Dichtung, Malerei, Plastik, Baukunst, Wohnkultur) appellierte an alle, die nach „echten Werten“ suchten. Das Schöpferische und Unvergängliche aufzuspüren, über die künstlerischen Ereignisse und ihre Repräsentanten in Bild und Wort zu berichten, also eine Kulturchronik der Zeit zu bieten, war das Anliegen — übrigens bis in den Anzeigenteil hinein, denn es handelte sich dort um die „Ankündigung von Unternehmen, die sich mit ihren Erzeugnissen zum Qualitätsbegriff bekennen“. Zielgruppe war eine gutgelaunte Elite, die nicht nur sich schöner kleidete, schöner wohnte, schöner speiste, schöner reiste, sondern auch die Schönheiten der Kultur explorieren wollte und somit „allmonatlich das neue Heft mit Ungeduld“ erwartete.

Die Inhaltsverzeichnisse — exemplarisch nachfolgend dasjenige vom Oktober 1956, das mit Dankesworten an die Leser und die Inserenten den Erfolg der Zeitschriftengründung nach einem Jahr feiert —, spiegeln die wohltemperierte, um die Einholung verspäteter Aufklärung bemühte Kulturbeflissenheit einer Generation, die sich nicht mehr den Vorwurf des Banausentums machen lassen wollte, sondern den Anschluß an Weltläufigkeit suchte: „Besessen vom Theater . . . Respekt vor den kleinen Bühnen . . . Ingrid Bergmann: Zauber eines Gesichts . . . Junge Meister für den Rundfunk . . . Das Orchester der Idealisten . . . Tanz auf klassischem Boden . . . Das Lied ist die Mutter der echten Dichtung . . . Vor diesen Bildern verweilt die Welt . . . Glanz von innen . . . Landhaus im Alpenvorland . . . Kleine Wohnung ganz aus Glas . . . Mäzenatentum als persönliche Verpflichtung . . . Berichte aus London, New York, Paris und Rom . . . Umglänzter, umschatteter Genius . . . Unvergängliches.“²⁰⁾

Ralf Dahrendorf spricht in seiner großen Studie „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ davon, daß damals die Stabilität der Bundesrepublik zur Starre ausartete; es fehlte der Rhythmus des Wandels²¹⁾. Da boten „Kunst-Produkte“ eine gute Möglichkeit für Kompensation und Projektion: Im Überbau gab man sich dynamisch, liberal, weltoffen, urban. Das statische, hierarchisch gegliederte Gesellschaftsgefüge blieb davon unberührt. Im Gegenteil: Das rege Kulturleben gab eine glitzernde Fassade ab vor einer fest „versäulten“, Veränderungen und Experimente perhorreszierenden „hei-

¹⁹⁾ Alexander und Margarete Mitscherlich. Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München 1967, S. 24 ff., 19.

²⁰⁾ Das Schönste. (1956) 10, S. 2.

²¹⁾ Ralf Dahrendorf. Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965, S. 143.

len Welt“. Am Hofe der Restauration spielte der Intellektuelle die Rolle des Hofnarren, und er tat dies mit feuilletonistischem Geschick — er war immer „dabei“, immer im Gespräch, manchmal auch im Gerede; einflußreich, was die peripheren Probleme anging, insgesamt durchschlagend wirkungslos.

Dem „gemeinen Durchschnitt“ zu entkommen, war wichtiges Ziel des bundesrepublikanischen Intellektuellen. Zwar wurde deshalb der Gegenwart nicht das Interesse aufgekündigt; aber es blieb inso-

fern esoterisch, als man ganz im geistigen und geistreichen Diskurs aufging. Man wollte schreiben, debattieren, argumentieren; bestenfalls vom Überbau auf den Unterbau einwirken, von dessen Realität man ziemlich weit entfernt war. Der Intellektuelle begriff sich als Repräsentant kritischer Theorie und nicht als Demonstrant für oder gegen politische und soziale Praxis. Die „Örtlichkeiten“ seines Wirkens waren nicht die Straße, sondern die Podiumsdiskussion, das Feuilleton, das Nachtstudio, das Buch, vor allem der verschiedene Stimmen vereinigende Sammelband, die Anthologie.

VI.

Die im Konsumtionsprozeß zutage tretende nivelierende Einheitlichkeit, die Starrheit der Etablierten und die Abgehobenheit des Feuilletonismus trieb die „Kinder von Karl Marx und Coca-Cola“ (Jean-Luc Godard) in das innere Exil, das die Weltsprache dieser Jahre „Underground“ nannte. Hier fanden sich Künstler, Bohemiens, Wehrdienstgegner, Provos, Gammler, Beatniks, Maschinenstürmer, revoltierende Schüler und Studenten, Drogenkonsumenten, Friedenskämpfer im Rahmen einer Weltanschauung zusammen, die durch einen abenteuerlich anmutenden Synkretismus charakterisiert war — eine Mischung aus christlichen, buddhistischen, marxistischen, sozialistischen, anarchistischen, astrologischen und hedonistischen Glaubensvorstellungen, mit einer besonderen Allergie gegenüber autoritären Verhaltensweisen.

Der Medienforscher Marshall McLuhan prophezeite eine völlig neue Gesellschaft, die sämtliche alte Wertekategorien, vorgeformten Lösungen, Verhaltensweisen und Institutionen ersetze. Das Motto — im besonderen dem amerikanischen Eingreifen in Vietnam entgegengesetzt — hieß: „Make love not war!“. Der moralische Bankrott des „Establishments“ wurde deklariert; die Nacktheit, im übertragenen Sinne — als seelische Entblößung — wie in konkreter Form, erwies sich als bevorzugtes Vehikel für Emanzipation; Normen, Tabus und Repressionen waren „out“, Pornographie und Obszönität „in“.

Umgeben von den „Charaktermasken“ ehrgeiziger Existenzen und inmitten der Oberflächenreize einer Konsumwelt, der die Mehrzahl fetischistisch anhing, wollte man mit neuer Sensibilität das „Eigentliche“ und „Wesentliche“ finden. Statt Horizontale Vertikale, statt Expansion Meditation, statt Aktivität Introspektion. Das bedeutete Absage an den amerikanischen Traum und den „American way of life“. Aber das Ausbrechen war schwer; in

den Stadtwüsten der Zivilisation, voll von Frustration und Aggressivität, ließ sich das „gute Leben“ nicht verwirklichen; man floh; probte aber auch in Form eines neuen Jugend-Stils den Aufstand.

Flankiert von diffusen künstlerischen Strömungen, die im Gegensatz zum eingeschliffenen Kulturbetrieb sich anarchischer Spontaneität überantworteten, entwickelte sich zunehmend eine Philosophie des Protests, die aus einem reichen gedanklichen Wurzelgrund Kraft sog und rasch zur Blüte gedieh. Maßgebend für diese Bewegung war der Philosoph Herbert Marcuse — mit der „Frankfurter Schule“ verbunden —, der die Eindimensionalität des technisierten, automatisierten, bürokratisierten spätkapitalistischen Staats- und Gesellschaftssystems dekuvierte und das revolutionäre Aufbegehren gegen die Apparaturen, Systeme, Maschinerien propagierte; ferner Ernst Bloch, ein „Prophet mit Marx- und Engelszungen“, welcher der weit verbreiteten Frustration das „Prinzip Hoffnung“ entgegensetzte. Bloch vertrat eine ganz in der Diesseitigkeit verwurzelte „Theologie vom glücklichen Menschen“, der vom „Träumen nach vorwärts“ bewegt werde, aber ständig dadurch gefährdet sei, daß seine Tagträume zur Beute von Betrügnern würden.

Die in der „Jugendbewegung“ der sechziger Jahre zutage tretende soziale, politische und ästhetische Sensibilität blieb ohne pädagogische Resonanz. Das Versagen des Bildungssystems gerade in dieser Phase der bundesrepublikanischen Entwicklung vertiefte die Kluft zwischen der um Veränderung bemühten Jugend und der auf Beharrung versessenen Erwachsenenwelt. In einer solchen Atmosphäre des gegenseitigen Miß- wie Unverständnisses und eskalierender Gewalt konnte eine Abiturrede wie die der Schülerin Karin Storch, 1967 in Frankfurt gehalten, als Sensation empfunden werden — weil sie, obgleich in durchaus „wohlgesetz-

ten“ Worten, Probleme der Schule offen und auf eine nicht-affirmative Weise ansprach. Das Schulsystem, das doch auch zum Widerstand gegen Anpassung und — um mit dem Titel der Abiturrede zu sprechen — zum „rechtverstandenen Ungehorsam“ hätte erziehen sollen, entzog sich — wie die Universitäten mit ihrem „Muff von tausend Jahren unter den Talaren“ — den Forderungen auf Veränderung; eine Demokratisierung fand nicht statt. Die von Vertretern idealistischer Pädagogik vorgelegten Reformkonzepte, wie sie im besonderen dem seit 1966 um die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik bemühten Gremium des „Bildungsrats“ zu danken waren, scheiterten weitgehend am Widerstand oder der Indifferenz der Politiker.

Die sich seit 1968 immer mehr politisierende Protestbewegung war zunächst vorwiegend auf gewaltfreien Widerstand angelegt; die dann um sich greifende „Gewalt gegen Sachen“ stellte eine erste Abweichung von diesem Weg dar. Die Tabuverletzung wurde instrumentalisiert; die gesellschaftliche Doppelmoral und die sie kaschierenden Rituale sollten durch „Schocks“ verunsichert werden: Teach-ins, Sit-ins, obszöner Jargon, Verletzung der Reinlichkeits- und Kleidernormen wie der „Sekundärtugenden“ insgesamt dienten diesem Ziel und sollten „Lernprozesse“ einleiten. Kritisches und utopisches Denken wurden in einer Wissenschaftssprache vermittelt, die sich aus bislang vom Bildungsbürgertum weitgehend negierten ökonomischen, psychoanalytischen und soziologischen Denksystemen herleitete. Diese Sprache wandte sich in ihrer Abstraktion und Präzision gegen das hohle Pathos des „Jargons der Eigentlichkeit“ (Theodor W. Adorno).

Auf der anderen Seite zeigte sich bald eine Erstarung des eigenen Sprechens, was mit der Ideologisierung der eingenommenen weltanschaulichen Position Hand in Hand ging. Der „Jargon der Dialektik“ reproduzierte — wenn auch reziprok —, was man am Establishment bekämpft hatte; die revolutionäre Auflockerungsstrategie wurde selbst Ritual, das die Gruppe zur „verschworenen Gemeinschaft“ zusammenbinden und den politischen Gegner als Feind mit Hilfe von Psychoterror lähmen sollte.

Diejenigen „Liberalen“, die in Sorge um die bundesrepublikanische Demokratie mit der linken Bewegung sympathisiert oder sie unterstützt hatten, erkannten bald die aufgetretenen Gefahren. Auch Jürgen Habermas, maßgeblicher Vertreter der „Frankfurter Schule“, der die philosophischen

Grundlagen der linken Bewegung mitgeschaffen hatte, warnte auf dem Höhepunkt des Protests bereits vor einer „linksfaschistischen“ Entartung: „Die alte Neue Linke hat das Geschäft der nachträglichen Legitimationshilfe für Aktionen, auf deren Planung und Verlauf sie immer weniger Einfluß hatte, gelegentlich bis an die Grenze einer von Skrupeln nicht freien Preisgabe besserer Einsichten betrieben — und sich dabei verbraucht. Heute ist sie ohnehin überflüssig geworden für den verzweifelten Aktionismus derer, die sich auf Handstreich spezialisieren und neuer Begründungen nicht mehr bedürfen.“²²⁾

Die junge Neue Linke kam auf dem propagierten langen Marsch durch die Institutionen nicht wirklich voran. Sieht man von der kleinen Gruppe derjenigen ab, die in den Terrorismus abtrieben, so war die Sogkraft des ursprünglich verhaßten Systems mit seinen Karriereanreizen so stark, daß man sich bald in das Establishment integriert sah („Links schreiben — rechts dinieren.“) Auf den „Schattenseiten der Utopie“ (Günter Grass) zu wohnen, war nicht besonders attraktiv; so zog man sich über verschiedene Zwischenstationen aus dem Engagement zurück, kultivierte Innerlichkeit und rhapsodierte in linken Kneipen über die verflossene große Revolution.

Mit dem Ende der Ära Brandt (1974) und in der Regierungszeit Helmut Schmidts (bis 1982) drehte sich der Wind: „Die Mehrheit der Wähler wollte nichts mehr von Reformen wissen. Vieles hatte sich allem ungestümen emanzipatorischen und partizipatorischen Drang zum Trotz als Dirigismus des Staates entpuppt, der über die Bedürfnisse der betroffenen Bürger hinweg seine technokratischen Ziele verfolgte. Anderes zerstob in Illusionen, als Politiker und Bürokraten an die Grenzen menschlichen Handelns stießen. Erschöpfung und Ernüchterung griffen um sich. Vor allem aber versiegten die Finanzquellen. Der Beginn der größten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik setzte der zumeist kostenintensiven Reformpolitik ein Ende — ob man sie in ihren Gehalten nun fortsetzen wollte oder nicht.“²³⁾

Poetisch kommentierte die „linke Malaise“ der 1976 aus der DDR ausgebürgerte und seitdem in der Bundesrepublik lebende Liedermacher Wolfgang Biermann in seinem „Hölderlin-Lied“:

²²⁾ Jürgen Habermas, Protest und Hochschulreform, Frankfurt 1969, S. 40.

²³⁾ Wolfgang Jäger, Die Regierungen Schmidt/Genscher. Pragmatismus als Regierungsprogramm, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Karl Dietrich Brauer u. a., Band 5/II, Stuttgart-Mannheim 1987, S. 263.

„ . . . In diesem Lande leben wir
wie Fremdlinge im eigenen Haus
Ausgebrannt sind die Öfen der Revolution
früherer Feuer Asche liegt uns auf den Lippen
kälter, immer kältere Kälten sinken in uns

Über uns ist hereingebrochen
solcher Friede!
solcher Friede
Solcher Friede.“²⁴⁾

VII.

Hatten in der Zeit der Studentenrevolte Kunst und Ästhetik nur eine geringe Rolle gespielt — die Zeit der „schönen Selbsttäuschungen“ habe ein Ende, meinte Hans Magnus Enzensberger 1967 —, so wurde im Zeichen der Wende Kultur wieder zu einem wichtigen Element der Selbstfindung, was den Innerlichkeitskult der Trümmerzeit in anderer Form erneut erstehen ließ. Kommunikation und Sozialisation wurden gewissermaßen privatisiert. „Beziehungskisten“ und Orgasmusschwierigkeiten beschäftigten junge Menschen mehr als politische und gesellschaftliche Fragestellungen. „Wie auf einer endlosen Wendeltreppe jagen sie im Gebäude der eigenen und fremden Konflikte hinauf und hinunter. Sie sind in einer Hetze, die kaputtmacht. Sie sind Jäger und Gejagte in einem. Besonders aktiv werden sie, wenn ihnen jemand zu nahe kommt, emotional oder körperlich. Dann fangen sie nervös und ängstlich an, ihre Schwierigkeiten herunterzuleiern, als ob sie eine tibetanische Gebetsmühle drehten.“²⁵⁾ „Tunix“ wurde zur beliebten Parole. Man klammerte sich an den objektiven Faktor Subjektivität, wobei Narziß als neuer Sozialisationstyp entdeckt wurde²⁶⁾.

Hartmut von Hentig sprach von einem tiefgreifenden Mentalitätswandel, den er der „entmutigten Republik“ anlastete (so im Titelessay einer Sammlung von Aufsätzen)²⁷⁾. Der Misere traten freilich in zunehmendem Maße auch Bewegungen entgegen, die durch ein aktives alternatives Kulturbewußtsein bestimmt waren und sind und sich in „Nischen“ (Kommunikationszentren, Jugendzentren, Kulturläden, Selbsthilfe-Werkstätten etc.) „lokalisierten“. Vor allem die Öko- und Friedensbewegung haben dazu beigetragen, daß angesichts der Grenzen des Wachstums ein neues, „nachmoder-

nes“ (postmaterielles) Wertebewußtsein sich entwickeln konnte.

Die Ambivalenz der gegenwärtigen kulturellen Situation, der Postmoderne, hat Jürgen Habermas als „neue Unübersichtlichkeit“ charakterisiert. Das Potential des utopischen Denkens, das Gegenwart wie Zukunft auf humane Ziele hin zu strukturieren vermag, sei zurückgegangen. „Der Horizont der Zukunft hat sich zusammengezogen und den Zeitgeist wie die Politik gründlich verändert. Die Zukunft ist negativ besetzt; an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zeichnet sich das Schreckenspanorama der weltweiten Gefährdung allgemeiner Lebensinteressen ab: die Spirale des Wettrüstens, die unkontrollierte Verbreitung von Kernwaffen, die strukturelle Verarmung der Entwicklungsländer, Arbeitslosigkeit und wachsende soziale Ungleichgewichte in den entwickelten Ländern, Probleme der Umweltbelastung, katastrophennah operierende Großtechnologien geben die Stichworte, die über Massenmedien ins öffentliche Bewußtsein eingedrungen sind.“²⁸⁾ Die Antworten der Intellektuellen würden nicht weniger als die der Politiker Ratlosigkeit spiegeln. Es sei keineswegs nur Realismus, wenn eine frisch akzeptierte Ratlosigkeit mehr und mehr an die Stelle von zukunftsgerichteten Orientierungsversuchen träte. Vor allem wirke sich die „neue Unübersichtlichkeit“ dahingehend aus, daß man sich immer mehr im Hier und Heute einzurichten trachte, wobei der Augen-Blick Selbstzweck wird; „apokalyptische Blindheit“ (Günther Anders) ist die Folge.

Postmoderner Beliebigkeitskult durchwirbelt die Misere und kreierte bewußtloses Glück. Nach Georg Hensel würde Luthers Verweigerung des Widerrufs heute — im Gefolge der inzwischen weltberühmten Parole des Philosophen Paul Feyerabend: „Anything goes“ — lauten: „Hier stehe ich, ich kann auch anders.“ Gedankliche Anstrengung ist degoutant. Geliebt wird wieder der Dandy, dessen mokanter Charme vor allem darin begründet liegt, daß er an nichts glaubt, sich über nichts aufregt und nichts bewegen will. Zum Dandy paßt stets ein Fin

²⁴⁾ Hans Bender (Hrsg.). In diesem Lande leben wir. Deutsche Gedichte der Gegenwart. Eine Anthologie in zehn Kapiteln. München 1978. S. 65 f.

²⁵⁾ Jörg Bopp. Wir wollen keine neuen Herren. Streitschriften zur Jugend- und Psycho-Szene. Frankfurt 1982. S. 102.

²⁶⁾ Vgl. Thomas Ziehe. Pubertät und Narzißmus. Sind Jugendliche entpolitisiert?. Frankfurt-Köln 1975.

²⁷⁾ Hartmut von Hentig. Die entmutigte Republik. Aufsätze zur politischen Kultur der Bundesrepublik. München 1980. Vorabdruck des Titelessays in: Süddeutsche Zeitung vom 8./9. März 1980.

²⁸⁾ Jürgen Habermas. Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine Politische Schriften V. Frankfurt 1985. S. 143.

de siècle. Nur die Topoi wechseln; im Rokoko der Park mit Rotundè, Ende des 19. Jahrhunderts das Boudoir, heute die Boutique. Das Gemeinsame: Die Unterordnung der Wahrheit unter den Reiz. Plaisir. „Als Plaisir ist der Mensch Subjekt. Das heißt: So wenig wie das Faktum des Denkens kann das Faktum des Plaisir bestritten werden, ob es nun mit richtigen oder mit unrichtigen Vorstellungen, mit lauterer oder mit unlauteren Mitteln operiert. Plaisir ist Plaisir.“²⁹⁾

„Behübschung“ heißt die Parole. Und: „Nach uns die Sintflut!“ Diese aufzuhalten hat man keinen besonderen Bock. Theorie ist out, Praxis ist in; erkenntnisleitendes Interesse – was soll's . . . Die postmoderne Jugendkultur, so Bernd Guggenberger, ist geprägt durch die Absage an alles Visionäre und Utopische, an alles Ferne und Hehre, an Ordnung und Sinn, an Ziel und Zukunft, an Idyllen und Ideen. Man ist, weil man ißt; und man ißt, was schmeckt. Und wem der „Big Mac“ näher ist, als die „Große Verweigerung“ (Herbert Marcuse), der scheut sich nicht, dies auszusprechen: „Wir sagen ja zur modernen Welt“, tönt die ‚Freiwillige Selbstkontrolle‘, ‚liebt, was Euch kaputtmacht‘. . . Wenn man Plastik und Beton eh' nicht wegstreift (und Denver und Dallas und McDonalds und Micky-maus) – dann ist es am besten, man fährt darauf ab!“³⁰⁾

Nun würde man dem postmodernen Zeitgeist Unrecht tun, sähe man ihn nur auf libidinösem Grund, parterre, angesiedelt. Er schwebt auch ganz oben, dort, wo die azurnen Meta-Ebenen sich ausbreiten und die professionellen Begriffsjongleure sich tummeln. Die Geisteswissenschaftler an den Universitäten etwa verfallen zunehmend einem radikalen Konstruktivismus, den man auch Arrieregarde der Scholastik nennen könnte. Sprach- und Begriffsspiele ersetzen die Analyse der Welt, von der man sich geistig abwendet.

Am Beispiel des zum postmodernen Modephilosophen gewordenen Dietmar Kamper spricht Klaus Laermann vom „rasenden Gefasel der Gegenaufklärung“. Es sei durch geringste begriffliche Anstrengung gekennzeichnet. Die Texte wirkten, als schielten sie. Kaum je setze ein Satz den vorigen fort; meist erscheine er verdreht oder beantworte eine Frage, die der vorherige Satz so nicht gestellt habe. „Dadurch gerät die Diskursivität der Texte ins Rutschen, sie münden in Begriffstrance. Die Verstiegenheit und Verquastheit gegenwärtiger Moden in den Sozial- und Geisteswissenschaften beruht auf der Entrückungsstrategie einer Sprache, die ihre Inhalte nicht mehr bis zur Kenntlichkeit

entwickeln will, sondern sie lieber im schiefen Irrendwie beläßt.“³¹⁾

Postmoderne Kunst: Die Konservativen sind richtig glücklich, daß nun überall drauflos erzählt, gemalt, musiziert wird, und Botschaften nicht mehr „gefragt“ sind. Die Taube bei Patrick Süskind ist keine Friedenstaube, die ein Manifest im Schnabel trägt; sie entspricht voll den narrativen Erwartungen: Sie ist eine Taube. Die Ästhetisierung der Kunst kompensiere als spezifisch moderne Ersatzverzauberung die moderne Entzauberung der Welt, meinte schon Max Weber. Dieser Trend erreicht offensichtlich im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts seinen Höhepunkt.

Die Lust an der Verantwortungslosigkeit und die Absage an die Bemühung, den Menschen „weiterzubringen“ (durch geistige Herausforderung), macht postmoderne Kunst zu einem wichtigen Faktor kapitalistischer Vermarktungsstrategien. Andy Warhols Losung: „All is pretty“ schließt ein, daß alles verkäuflich ist. „Die Kunst der Postmoderne in der Rolle des Handlungers bei der affirmativen Zurschaustellung dessen, was ohnehin so und nicht anders ist, Kunst als PR-Agentur des Bestehenden, zuständig für dessen Putz, Reklame, Zierat, Kosmetik.“³²⁾ So ist es durchaus signifikant, daß landauf landab, souffliert von geschickten Galeristen, die extensive Subventionierung bildender Kunst mit dem Argument gefordert wird, daß ihre Präsentation in Kunstsammlungen, Kunsthäusern, Kunstmuseen einen wichtigen Standortvorteil bei der Ansiedlung wirtschaftlicher Unternehmen verheißt. High Tech umgibt sich mit Soft Art; eine Ökonomie, die in Richtung Zweidrittelgesellschaft zunehmend auf Sozialdarwinismus rekurriert, baut sich mit Hilfe postmoderner Kunst eine abschirmende Fassade, die Transparenz durch Blendwerk ersetzt.

Posthistoire impliziert das Gefühl bzw. die Überzeugung, daß von Geschichte eigentlich nichts mehr zu erwarten sei. In sich geschlossene Kreisläufe funktionierten weiter, Veränderungen aber erscheinen unwahrscheinlich, man richtet sich im Festgefügtem, Gegebenem ein. Otto K. Werckmeister spricht von „Zitadellenkultur“: Grandiose Darstellungen der Selbstempfindung erfüllten die katastrophenträchtige Szenerie eines geschichtsvergessenen Bewußtseins, in dem ästhetischer Jammer und politische Apathie einander bedingten und steigerten³³⁾.

³¹⁾ Klaus Laermann, Das Gefasel der Gegenaufklärung, in: Merkur. (1985) 3, S. 218.

³²⁾ Peter Niebaum, „All is pretty“? – Vom Schwindel zwischen modern(d)en Einbahnstraßen und postmodernen Sackgassen, in: Anschläge. 1987.

³³⁾ Otto K. Werckmeister, Zitadellenkultur. Die schöne Kunst des Untergangs in der Kultur der achtziger Jahre. München 1989, S. 18. 22.

²⁹⁾ Niklas Luhmann, Liebe als Passion. Zur Codierung von Intimität. Frankfurt 1982, S. 110.

³⁰⁾ Bernd Guggenberger, Sein oder Design. Zur Dialektik der Abklärung, Berlin 1987, S. 81.

VIII.

Die These von der Zitadellenkultur als Rückzugsort entscheidungsloser, wirkungsloser Informations- und Meinungsfreiheit, die in den demokratischen Industriestaaten erreicht sei, erwies sich freilich als falsch; die erstarrte, schon Geschichte gewordene Situation des Ost-West-Gegensatzes geriet im letzten Drittel des Jahres 1989 gerade deshalb ins Tanzen, weil die westliche Informations- und Meinungsfreiheit den Willen zur politischen und kulturellen Selbstbestimmung im Osten inspirierte. Mit einer sich geradezu überschlagenden Rasanz, bewirkt von Michail Gorbatschows antistalinistischem Umbau der sowjetischen Gesellschaft und seinem außenpolitischen Nichteinmischungsprinzip, eingeleitet von einer seit längerem in Polen vor sich gehenden Umstellung, befreiten sich die osteuropäischen Völker, bislang von nach- oder neostalinistischen kommunistischen Führungskadern unterdrückt, von der Gewaltherrschaft.

Mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989, der Öffnung des Brandenburger Tores und schließlich der Vereinigung der beiden Deutschland am 3. Oktober 1990 ist die Kulturgeschichte der (bisherigen) Bundesrepublik zu Ende gegangen. In Zukunft wird eine getrennte Betrachtung der beiden Kulturen weder möglich noch notwendig sein; zudem besteht die Hoffnung, daß das gemeinsame Nachdenken über die durch höchst unterschiedliche Genealogien geprägte, nun wieder gemeinsame Kultur als deutsch-deutscher Diskurs politischer Einseitigkeit entgegentreten vermag.

„Wenn ich von deutscher Kulturnation rede“, so der DDR-Schriftsteller Günter de Bruyn, „drücke ich damit aus, daß ich erstens kulturelle Bindungen für stabiler als staatliche halte, und zweitens, daß mir Kultur verehrungswürdiger und wichtiger ist als der Staat“. Der Begriff der Kulturnation verdeutliche, daß die Deutschen, durch Kultur und Geschichte bedingt, zusammengehörten³⁴). Auf das deutsch-deutsche Verhältnis übertragen, gilt mehr denn je die Feststellung von Jürgen Habermas, daß komplexe Gesellschaften eine kollektive Identität vor allem via Kultur herzustellen vermögen.

Die unzweifelhaft großen demokratischen und kulturellen Errungenschaften der Bundesrepublik, vor allem was die Freiheit wie Autonomie des Geistes und die Verwirklichung des Pluralismus betrifft, ist nicht nur auf die neuen Bundesländer übertragbar, sondern für jeden Kulturstaat lebenswichtig. Dabei

ist jedoch jede missionarische Überheblichkeit unangebracht; es besteht dafür allein schon deshalb kein Grund, weil die positive Entwicklung im Westen Deutschlands unmittelbar nach 1945 einen glücklichen Zufall darstellt, weitgehend nicht aus eigener Kraft entwickelt wurde, sondern dem Wohlwollen und der Klugheit der alliierten westlichen Besatzungsmächte zu danken war, was die demokratische Aufbauleistung der Emigranten, Verfolgten und Widerstandskämpfer, auch der Angehörigen der inneren Emigration und all jener, die dazulernten, erst ermöglichte. Westliche Bescheidenheit ist ferner angebracht, da hier das freiheitlich Erreichte immer wieder durch Opportunismus, durch vorauseilenden Gehorsam (bei manchen Linken durch nachhinkenden Gratismut) und durch die Unfähigkeit zu trauern gefährdet gewesen ist.

Mit Recht betont Günter de Bruyn, daß das östliche Deutschland als Ganzes zur kulturellen Vielfalt einen nicht unbeträchtlichen Beitrag leisten könne; denn die vierzig Jahre andersgearteten politischen Lebens in Unterdrückung und Mangel, in sozialer Sicherheit, aber Unmündigkeit hätten das sich als beständig erwiesene Nationale doch in spezieller, nicht nur unguter Weise geprägt. „Literatur, Musik oder Sozialempfinden haben in dieser Zeit eigene Töne bekommen, deren Mitwirkung in einem künftigen deutschen Konzert man sich wünscht. Dieses sollte aber, da alles Kulturelle Zeit braucht zum Reifen, nicht zu früh und zu heftig einsetzen, damit leise Töne darin nicht verloren gehen. Denn so günstig auch einheitliche Märkte und Verkehrsordnungen sein mögen, so schlecht sind Einebnungen im Kulturellen — eine Regel, die natürlich nicht nur für Deutschland, sondern auch für ein einheitliches Europa gilt.“

Dazu kommt, daß die DDR-Kultur in hohem Maße, wenn auch lange Zeit vergeblich (was zu immer neuem Exodus führte), dazu beitrug, daß das geist- und menschenverachtende Regime schließlich gestürzt werden konnte. Im Gegensatz zur postmodernen, in die „Zitadelle“ flüchtenden, bald sich egozentrischer Larmoyanz, bald entleertem Ästhetizismus hingebenden, vor den Marktgesetzen der Kulturindustrie moralischen Widerstand aufgebenden „Westkultur“ hat die „Ostkultur“, neben der Qualität des Handwerklichen, durch ihre Existenz freiheitliche Essenz bewahrt. Daß schließlich die „Wir-sind-das-Volk“-Bewegung zum Durchbruch kam, ist auch den beharrlichen, vielfach freilich nur kleinen, sich aber summierenden „Abweichungen“ von der Parteilinie vieler Künstler und Intellektueller zu danken.

³⁴) Günter de Bruyn. So viele Länder, Ströme und Sitten. Geschichte und künftige Möglichkeiten einer deutschen Kulturnation. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. Januar 1990.

Die Geschichte der DDR-Kultur verweist allerdings auch erneut auf die Verführbarkeit des Geistes und die Korruptionsanfälligkeit ästhetischer Moral. Dieses heuchlerische und obrigkeitstreuere Verhalten deutscher Künstler und Intellektueller ist aus dem Dritten Reich hinreichend bekannt. Die Grenzen zwischen zynischem Aktionismus, perfidem Opportunismus, tumbem Mitläufertum und zwielfichtigem Doppelleben sind dabei fließend.

Das Grundübel, aus dem über die Jahrzehnte hin fast alle anderen Übel des DDR-Staates hervorgegangen sind, den Stalinismus, haben allerdings auch westdeutsche Intellektuelle, nicht nur Marxisten, lange Zeit mit großem Gleichmut hingenommen, dabei auch die Erfahrungen „übersehen“, die ältere und dann abtrünnig gewordene Kommunisten einbrachten. Mit berechtigter Schärfe den westlichen Antikommunismus geißelnd, versagte ihre kritische Einstellung gegenüber dem kommunistischen Totalitarismus.

Selbst der politische und gesellschaftliche Umbau in der Sowjetunion, von Michail Gorbatschow auf geschichtlich einmalige Weise eingeleitet und betrieben, führte — zumindest zunächst — keineswegs zu jener Begeisterung, die doch gerade bei Linken die Wiederherstellung von Menschenrechten hervorrufen müßte. „Für einige der bundesdeutschen Linken bricht jetzt, da in der Sowjetunion Menschen beginnen, über ihre Vergangenheit offen zu sprechen, ihr Haus aus Selbsttäuschung zusammen, denn es legt die eigenen Defizite bloß, etwa: Denken ohne Widersprüche, mangelnde Toleranz, die Vorstellung von Führern und Geführten. Es war

nicht allein der Schrecken des Faschismus, der Deutschen den Mund verschloß, als ihre sowjetischen Genossinnen und Genossen ‚verschwanden‘. Es war auch die eigene Duldsamkeit, die eigene abstrakte Sehnsucht nach disziplinierten Arbeitermassen und nach einem durch Weisheit von oben gelenkten Staat, nach einer verstaatlichten Gesellschaft.“³⁵⁾

Für das Erblühen einer nun das vereinte Deutschland erfassenden demokratischen Kultur ist ein ausgeprägter, sich verstärkender, im östlichen Teil erst zu schaffender Föderalismus mit kultureller Dezentralität notwendig — einschließlich der „öffentlichen Finanzierung“ von Kultur durch Städte und Gemeinden, damit staatlichen Dirigismus und wirtschaftliche Abhängigkeit vermeidend.

Die deutsche „Kulturation“ wird sich dann nicht verfehlen, wenn sie auf eine europäische und weltweite Kultur transzendiert, also im europäischen Haus nicht Hausmeister oder gar „Hauswart“ zu spielen beabsichtigt, sondern auf „Wohngemeinschaft“ sich einrichtet — in Begegnung mit allen Einwohnern das Eigene verunsichert erfahrend, zugleich sein Eigenes, mit Freude am anderen, den Fremden als Angebot für Aneignung darbringend: Kultur-Austausch.

³⁵⁾ Christiane Reymann, in: Detlev Albers/ Frank Deppe/ Michael Stamm, Fernaufklärung, Köln 1989. Zit. nach Frankfurter Rundschau vom 21. Oktober 1989: Für manche Linke bricht ein Haus aus Selbsttäuschungen zusammen. Der demokratische Umbau in der Sowjetunion löst auch in der Bundesrepublik Diskussionen um linkes Selbstverständnis aus.

Die Bundesrepublik Deutschland 1945–1990

Reformen und Defizite der politischen Kultur

„Wer versuchen wollte, aus Deutschland eine bürgerliche Demokratie im westlichen Sinn und Geiste zu machen, der würde ihm sein Bestes und Schwerstes, seine Problematik nehmen, der würde es langweilig, klar, dumm und undeutsch machen.“ Diesen Satz schrieb Thomas Mann 1918. Er meinte damals, westliche Demokratie passe nicht auf deutsche Verhältnisse. Inzwischen haben wir sie, diese langweilige und dumme demokratische Kultur westlichen Musters. Und immer noch gibt es Leute, die meinen, wir sollten eine spezifisch deutsche politische Kultur ausbilden. So meinte 1978 Thomas Schmid, damals ein Linker der Protestbewegung: „Ich will hier eine Linke, die nicht nur ‚kosmopolitisch‘, sondern auch ‚deutsch‘ ist. Die den Mangel an politischer Kultur nicht dadurch aufheben will, daß sie auf den Zug der anderen Länder aufspringt, sondern dadurch, daß sie eine spezifisch deutsche politische Kultur entwickelt.“

Wie stellt sich die politische Kultur des deutschen Weststaates heute dar: als ein Ableger angelsächsischen Demokratieverständnisses, als Fortsetzung deutscher Politiktraditionen, als eine Mischung von beidem – und welcher Art dann?

Nationen lassen sich nach der Bedeutung unterscheiden, die Herkunft oder Zukunft für ihre Identität haben: Die alten Nationen leben aus der Substanz, die jungen auf Kredit. Glücklicherweise, wer beides verbinden kann, wie die Schweizer Eidgenossen in ihrem Rütlichswur:

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Noth uns trennen und Gefahr.
Wir wollen frei sein, wie die Väter waren . . .“

Bei uns ist das alles nicht so einfach. Nicht nur Historiker streiten um die Frage, was für die Identität unseres schwierigen Vaterlandes mehr zählt – ihre nationale Vergangenheit oder ihr Wille zur Demokratie.

Wer politische Identität aus Herkunft ableiten will, muß nicht nur eine Nationalgeschichte haben, er muß auch auf sie stolz sein können. Das Erbe sollte makellos sein. Das ist es nicht; das ist es nie. Aber man wird doch verstehen und vergessen dürfen? Oder mindestens aufrechnen, wie Franz Josef Strauß, als er sagte: „Ein Volk, das ein solches Wirtschaftswunder geschaffen hat, hat ein Recht, nicht ständig an Auschwitz erinnert zu werden.“

Die Frage ist, ob wir am Nationalsozialismus historisch und moralisch vorbeikommen. Er hat in zwölf Jahren Deutschland, Europa und viele politische Verhältnisse auf der Erde so verändert, daß wenig Aussicht bleibt, man könne ihn vergessen wie Frankreich den Algerienkrieg oder die USA Vietnam. Vor allem hat er Deutschland selber verändert und die deutsche Geschichte in eine Spaltung getrieben, deren Überwindung nun rechtlich gelungen ist, uns aber mit der Frage unserer politischen Identität aufs Neue konfrontiert.

Das soll im folgenden geschehen, im Blick auf die Ausbildung der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland und mit Seitenblicken auf die Einflüsse, die durch die neue Vereinigung zu erwarten sind.

I. Neubeginn?

Als der Hitlerstaat unter den Schlägen der alliierten Armeen zusammenbrach, konnte der verlorene Krieg nicht wie 1918 als Ergebnis des Dolchstoßes revolutionärer Wühler in der Heimat umgedeutet werden. Im Blick auf das Ende dieses Reiches sprach man von „Tragödie“ und „Katastrophe“. Gleichwohl zeigten noch Mitte der fünfziger Jahre die Westdeutschen ihre Verbundenheit mit dem längst abgelösten Regime. Die Hälfte der neuen

Bundesbürger meinte zehn Jahre nach Ende des Krieges, der Nationalsozialismus sei im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt worden sei, und ohne den verlorenen Krieg wäre Hitler einer der größten deutschen Staatsmänner gewesen.

Trotzdem hatte man sich von Anfang an auf den politischen Regimewechsel eingestellt. Das ent-

sprach der Logik der deutschen Politikgeschichte: Kriege verändern Regime.

Die Weimarer Republik wurde von vielen gehaßt und von den meisten als ein notwendiges Übel hingenommen: „Vernunftrepublikaner“. Die Bonner Republik hingegen erfreute sich bald hoher Wertschätzung. Und heute stehen die Westdeutschen mit ihrer Zufriedenheit über ihr Regime im internationalen Vergleich auf einem der vordersten Plätze. Das ist überraschend, wenn man bedenkt, daß amerikanische Sozialwissenschaftler Mitte der fünfziger Jahre meinten, es könne wohl hundert Jahre dauern, bis das deutsche Volk seine vordemokratische politische Kultur überwunden hätte. Heute nennen dieselben Forscher die Bundesrepublik eine der stabilsten Demokratien westlichen Musters.

Eine Erklärung dafür liefert der amerikanische Sozialwissenschaftler Almond. Er gibt sie in zwei Richtungen. Erstens: „Nur Katastrophen scheinen in der Lage zu sein, Einstellungen in kurzer Zeit zu ändern; ansonsten geht der Wandel relativ langsam vor sich.“ Wenn solche Katastrophen sich mit einer geschickten Verfassungsgebung und einer günstigen ökonomischen Leistungsbilanz verbinden, kann man einen kurzfristigen und gleichzeitig tiefgreifenden Wandel erwarten. Für beides war in Westdeutschland gesorgt. Zweitens: In allen Industrieländern haben die Autoritätsstrukturen in der Familie sich im Hinblick auf eher partizipatorische Formen verändert. Außerdem gibt es Anhaltspunkte dafür, daß der allgemeine Anstieg im Bildungsniveau in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften den Anteil der politisch aktiven Bürger erhöht hat und damit die politischen Kulturen in diesen Gesellschaften in eine partizipatorische Richtung verändert worden sind. Schließlich müsse man überall einen großen Einfluß des Fernsehens annehmen. Es habe die Bedeutung der alten Meinungsführer abgeschwächt und die Verbindung von Elite und Öffentlichkeit verändert. Zusammen mit einer steigenden Bildung Sorge es für neue Maßstäbe und einen neuen Stil in der Politik.

Immer wieder hat man die Situation nach den beiden verlorenen Kriegen 1918 und 1945 verglichen, vor allem im Blick auf die Chancen der durch die militärische Niederlage möglich gewordenen neuen republikanischen Staatsform. Die Unterschiede springen ins Auge und bleiben bedeutsam auch dann, wenn Almond mit seiner Vermutung recht haben sollte, der eigentliche Grund dafür, daß das deutsche Volk 1945 nicht wie 1918 mit Klauen und Zähnen an der alten politischen Kultur festgehalten habe, liege in dem Schock der evidenten militärischen Niederlage. Hier die wichtigsten Punkte:

1. Die beiden Eliten, welche die politische Geschichte Preußen-Deutschlands bestimmt hatten — der landbesitzende Adel Ostelbiens und das Militär — waren nach 1945 verschwunden. Zum ersten Mal gab es eine Chance für bürgerliche Werte und Normen. Sie wurde ergriffen.

2. Das innenpolitische Klima des neuen Weststaates und sein Verhältnis zu den Siegermächten wurde nach Rückkehr des Saarlandes nicht durch territoriale Ansprüche und regionale Konflikte belastet: Übersteigter Nationalismus hatte keine Chance mehr.

3. Statt Reparationslasten, Inflation, Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit gab es ökonomische Hilfe mit dem Marshall-Plan und einen märchenhaften Wirtschaftsaufschwung: Die Demokratie galt bald als eine Staatsform, die „Wirtschaftswunder“ vollbringt oder ermöglicht.

4. Die allgemeine Wohlfahrtssteigerung führte zum Abklingen von Klassenspannungen. Obwohl die Ungleichheit von Vermögen und Einkommen eher zunahm, verschwand durch die Angleichung von Konsumgewohnheiten das Klassenbewußtsein. Die kapitalistischen Rahmenbedingungen einer bürgerlichen Demokratie fanden breite Zustimmung.

5. Der enorme Wirtschaftsaufschwung führte zur Bildung einer neuen Mittelklasse. Diese wohlhabende Schicht produzierte zwei Faktoren, welche für Demokratisierung sorgten: bessere und längere Schulbildung und berufliche Positionen, die von sich her demokratische Werte stützten und förderten. Hinzu kamen noch zwei Bedingungen, die gleichfalls Ergebnis des Wirtschaftsaufschwungs waren und in Richtung Demokratisierung wirkten: mehr soziale Sicherheit und mehr Freizeit.

6. Die Westdeutschen öffneten sich zunehmend Einflüssen von außen, durch Exportverbindungen, Tourismus, internationalen Jugendaustausch. Dieser Verkehr förderte eine Weltoffenheit, die Handels- und Seenationen schon früher für demokratische Ideen empfänglich gemacht hatten, weil sie sich ‚auszahlten‘, als Sinn für Innovation, Pluralität, Toleranz.

Die letzten drei Punkte betreffen einen Kausalzusammenhang, der erklärungsbedürftig ist. Er bildet den Kern einer sozialwissenschaftlichen Theorie der Entstehung von Demokratien, welche wirtschaftlichen Wohlstand — besonders wenn er durch Handel erworben ist — in Zusammenhang mit demokratischen Verhaltensweisen bringt, die sich entweder direkt oder indirekt ‚auszahlen‘. Diese Theorie ist nicht unbestritten und hat durchaus ihre Ambivalenzen. Es sieht aber so aus, als ob jedenfalls in unserer Epoche — wie früher schon in

den griechischen und italienischen Stadtrepubliken, später in der Entwicklung Hollands, Britanniens und den USA — Beziehungen bestehen zwischen Markt und Meinungsfreiheit, Export und Toleranz, wirtschaftlicher und politischer Freiheit, Offenheit des Warenverkehrs und Angstfreiheit gegenüber politischer Macht, technisch-ökonomischer Innovation und Sinn für neue politische Ideen, unternehmerischer Initiative und politischer Partizipation. Das ist zugleich die Logik, nach der die neue deutsche Einheit sich vollzog und sich in Zukunft bewähren soll: Die wirtschaftliche Gesundung zahlt sich nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch aus: durch die Herausbildung von politischen Werten und Normen, Einstellungen und Verhaltensweisen, die der autoritären politischen Kultur des realen Sozialismus den Abschied geben zugunsten einer pluralen und liberalen Kultur westlichen Musters.

Die Wirtschaftsentwicklung nach 1945 war die erste Modernisierung in Deutschland, die sich mit Demokratie verband. Hier liegt zugleich ein Einwand gegen die Theorie ihrer gegenseitigen Bedingtheit: sie ist nicht zwingend. Die wilhelminische Modernisierung der deutschen Gründerjahre nämlich führte zu dem, was Ralf Dahrendorf die „industrielle Feudalgesellschaft“ genannt hat. Sie verband hohe technische Innovation und enorme wirtschaftliche Expansion nicht mit demokratischen Verhaltensweisen, sondern mit politischer Repression und einer Wohlfahrtspolitik, welche die politische Abstinenz des Bürgers mit sozialer Sicherheit belohnte.

Der Modernität dieses autoritären Wohlfahrtsstaates fehlte die „kapitalistische Anarchie“, d. h. ein bejahter Pluralismus individualistischen Wettbewerbs, für den der Staat nur den Rechtsrahmen lieferte. Statt liberaler Begriffe, welche die Werte einer bürgerlichen Wirtschaftsgesellschaft spiegelten, dominierten in Deutschland politische Wertvorstellungen, welche die autoritäre Geschichte Preußen-Deutschlands widerspiegelten. Durch seine politische Verspätung hat das deutsche Bürgertum es nur zur Ausbildung einer Modernität gebracht, die sich auf reibungslose Funktion richtete, ohne daß das Individuum sein eigenes Glück verfolgte und gleichzeitig damit die Frage nach der solches Glück ermöglichenden humanen Gesellschaft stellte. Den Lebenssinn gab der Staat vor, und nur er bestimmte die Ziele, für die technischer Verstand und wirtschaftliche Effektivität in Dienst zu nehmen waren. Daß dieser Staat strenggenommen keine Staatsidee hatte, sondern, wie Max Weber es formuliert hat, als führerloser D-Zug durch die Geschichte raste, lassen wir hier außer Betracht zugunsten einer späteren Überlegung dazu.

Zur Beschreibung dieser verkürzten Rationalität hat Dahrendorf die Unterscheidung von „Marktrationalität“ und „Planrationalität“ vorgeschlagen. Die Marktrationalität zielt auf eine optimale Befriedigung konkurrierender Interessen, die Planrationalität setzt ein Zentrum voraus, das den Plan im einzelnen entwickelt, dazu die Disziplin einer straffen Organisation, die seine Ausübung kontrolliert. Heute, nach dem wirtschaftlichen und politischen Desaster der DDR, lesen sich Dahrendorfs Sätze wie eine Kurzanalyse der politischen Kultur der DDR.

Erklärungsbedürftig ist weiterhin die Annahme, für die Ausbildung liberaldemokratischer Werte und Einstellungen bedürfe es einer Mittelklasse, deren Wohlhabenheit sowohl für sich genommen wie auch als Quelle weiterer Faktoren für Demokratisierungen sorgt. Auch diese Theorie wird bestritten und hat ihre Ambivalenzen. Im Blick auf die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik vermutet man das Ineinandergreifen der folgenden Faktoren:

Der enorme Wirtschaftsaufschwung führte zur Bildung einer neuen Mittelklasse, welche Bedingungen produzierte, die einer Demokratisierung besonders günstig waren: erstens bessere und längere Schulbildung und zweitens berufliche Positionen, die autoritären Strukturen den Abschied gaben und demokratische Werte wie Eigeninitiative und Teamarbeit forderten und stützten.

Die neue Wohlhabenheit der bundesdeutschen Gesellschaft sorgte noch für zwei weitere Faktoren, die ebenfalls der deutschen Gesellschaft den Abschied von ihrer autoritären Vergangenheit leicht machten: soziale Sicherheit und ständig wachsende Freizeit. Soziale Sicherheit schafft Angstfreiheit. Angst aber ist der ernsthafteste Feind der Demokratie. Das Bismarckreich hatte seine Sozialgesetzgebung mit politischer Repression verbunden, der Bonner Staat verband sie mit Ermunterungen zu politischer Aktivität, Partizipation und Kritik — weil diese Verhaltensweisen sich auch im Sinne der neuen Marktrationalität „auszahlten“. Für die wachsende Freizeit (täglich, wöchentlich und jährlich) gilt dasselbe, was man als Demokratisierungseffekte einer längeren Ausbildungsphase annimmt: Distanz vom Zwang notvoller Werktags-Praxis. Die Vergrößerung der Freizeiträume als Feierabend, Wochenende und Urlaub haben zu einer qualitativen Veränderung in der Nutzung freier Zeit geführt. Sie entfernt sich zunehmend von der Arbeitswelt, ist immer weniger Erholung und Wiederherstellung der Arbeitskraft, sondern öffnet Räume eigenen Sinnes, die auf Ausgestaltung nach Kriterien war-

ten, die den Zwängen oder Bedürfnissen der Arbeitswelt entrückt sind.

Schließlich gibt es noch ein Argument, das zwar tautologischer Natur ist, aber trotzdem bedacht sein will: Wer von Jugend auf an dem Wirtschaftsaufschwung und den genannten Implikationen teilhatte, der hat statt angstbesetzter Sozialisation, knapper Freizeit, knappen Geldes und autoritärer Politik das Funktionieren der neuen Institutionen und Verhaltensweisen erfahren. Demokratie ist die Welt, die er kennt. Sie wirkt somit als das ihn umgebende System verstärkend auf alle anderen Lebensgebiete ein.

Mit dem letzten ist bereits begründet, was empirische Einstellungsforschungen immer wieder herausgefunden haben: Für die im Laufe der Jahre sich durchsetzenden demokratischen Einstellungen und Verhaltensweisen sind die nachwachsenden jüngeren Generationen verantwortlich, nicht ein Sinneswandel der älteren. Die starke Bedeutung der jüngeren Jahrgänge wurde dadurch noch verstärkt, daß mit wachsendem Wohlstand, erweiterten Freizeiträumen und Schwächung der autoritären Familienstrukturen die Jugend immer mehr Zeit außerhalb des Elternhauses verbrachte. Gleichaltrige Gruppen gewannen an Bedeutung für die Ausbildung von Einstellungen und Verhaltensweisen, die stärker partizipativ waren, Eigeninitiative voraussetzten und im politischen Bereich Konflikt- und Kompromißfähigkeit sowie Toleranz und Pluralismus förderten.

Seit 1945, mehr noch seit dem Ende der sechziger Jahre, wird in Deutschland weniger kommandiert. „Diener“ und „Knicks“ sind vergessen, die preußische Regel „keine Widerworte“ gilt nicht mehr. Stand das Wort „deutsch“ früher für Ordnung, Pünktlichkeit, Fleiß und Arbeitswut, so sind wir auch in dieser Hinsicht normaler geworden. Nicht jeder wäscht bei uns nach dem Essen gleich ab, sondern viele lassen das Geschirr auch mal stehen zugunsten eines gemütlichen Kaffees oder eines gemeinsamen Spazierganges.

In unsere Verwaltungen ist ein ziviler Ton eingezogen. Hackenknallen und schnarrender Befehlston sind in deutschen Büros nicht mehr gefragt. Polizisten werden zu einem Umgang mit den Bürgern erzogen, den man früher „schlapp“ genannt hätte, und mehr noch: Ausgerechnet unsere Ordnungshüter rangieren an der Spitze der Bürger, die in Umfragen meinen, es seien noch größere als die bisher erfahrenen Störungen durch Demonstrationen vertretbar.

Von entscheidender Bedeutung war die Bildungsreform. Jeder gesellschaftliche Umbau verlangt bei-

des: Veränderung der Institutionen und Veränderung des Bewußtseins. Die Weimarer Republik hatte zwar eine neue Verfassung, aber die führenden Schichten hielten nichts vom Parteienstaat. Auch in der Bundesrepublik stand eine grundlegende politisch-gesellschaftliche Umorientierung für Jahrzehnte noch aus. Das befand ein OECD-Gutachten, das die Bildungspolitik europäischer Länder verglich. Die Bildungsreform der sechziger und siebziger Jahre schaffte hier auf breiter Front Wandel: Öffnung der Bildungswege für breite Schichten durch Einführung des neunten und zehnten Schuljahres, Fremdsprachen auch in der Hauptschule, Gründung von Gesamtschulen, Durchlässigkeit von Bildungswegen, finanzielle Hilfe für sozial schwache, aber begabte Schüler und Studenten. Die organisatorischen Reformen wurden durch eine geistige Neuorientierung ergänzt: Modernisierung der Lehrpläne im Wege der Durchforstung der Schulbücher auf vordemokratische Ideale, neue pädagogische Konzepte mit Schwerpunkt auf Selbsttätigkeit und Kooperation, Einrichtung des Fachs Sozialwissenschaft. Im Schulbetrieb gab es Korrekturen obrigkeitlicher Traditionen durch Einführung von Mitbestimmungsmodellen auf Lehrer-, Eltern- und Schülerebene.

Reformen des Strafrechts und der Strafprozeßordnung sorgten für Angleichungen an die neue Verfassung. An die Seite des Schutzes der öffentlichen Ordnung trat das Rechtsgut der Wahrnehmung persönlicher Grundrechte. Die Rechtsposition des Beschuldigten mit seiner Verteidigung wurde gestärkt, die Verhängung der Untersuchungshaft wurde erschwert.

Reformen im sexuellen Bereich führten zur Abschaffung des Kuppeleiparagraphen und der Kriminalisierung männlicher Homosexualität. Man duldete freizügige Darstellungen erotischer Themen in Bild und Schrift. Manche Reformen wurden später wieder zurückgenommen. Trotzdem ließ sich das Rad nicht ganz zurückdrehen. Ein Beispiel ist das Städtebauförderungsgesetz. Als es 1971 beschlossen wurde, gab es drei völlig neue Aspekte, die das veränderte politische Klima kennzeichneten: erstens wurde jede Planung auf soziale Gesichtspunkte verpflichtet; zweitens bekamen Mieter und Pächter Beteiligungsrechte bei der Planung; drittens wurde die Mitwirkung aller sonstigen Betroffenen verankert. Auch als spätere Novellen 1977 und 1979 viele der ursprünglichen Impulse zurücknahmen und Hoffnungen auf Ausweitung der drei Ansätze technokratischen Tendenzen weichen mußten, gab es keinen völligen Rückfall in die früheren Zustände. Bürgernähe war kein Fremdwort mehr, sondern wurde eine immer stärkere Forderung gegenüber der Politik auf allen Ebenen.

Dasselbe läßt sich im Blick auf die Frauenemanzipation sagen. Ohne die damaligen Impulse gäbe es heute keine Frauenbeauftragte, keine Frauenhäuser, keine Quotierung.

Kein Zweifel, die Westdeutschen sind demokratischer geworden. Die Daten, welche die Meinungs-, Einstellungs- und Werteforscher dafür vorlegen, sind überzeugend, wenn man die Kriterien akzeptiert, nach denen eine international verwandte „Demokratieskala“ einen guten Demokraten westlichen Musters definiert: Sinn für Meinungsfreiheit, Pluralität, Kritik und Opposition; Eintreten für Grundrechte; Toleranz gegenüber Andersdenkenden; Achtung von Minderheiten; Vertrauen in den Erfolg politischer Beteiligung – um nur einige zu nennen. Auf die Problematik dieser von amerikanischen Forschern begonnenen Messungen und Bewertungen gehe ich später ein. Zunächst einige Ergebnisse zu den veränderten gesellschaftlichen und politischen Einstellungen:

– Das Interesse an Politik ist erheblich gestiegen.

– Ihre Meinung frei zu sagen, scheuen sich inzwischen weniger Westdeutsche als früher.

– Der politische Partizipationsgrad ist gestiegen. Das gilt sowohl für die „konventionelle“ Partizipation (Zeitung lesen und zur Wahl gehen) wie auch für die „unkonventionelle“ (Petitionen schreiben, an Demonstrationen teilnehmen).

– Auch das Gefühl, man könne durch Partizipation etwas bewirken, ist, zusammen mit dem Partizipationsgrad, gestiegen. Das ist wichtig: Nur eine Partizipation, die mit diesem Gefühl verbunden ist, taugt etwas.

– Das soziale Vertrauen ist gestiegen. Es handelt sich hier um eine Kategorie der Demokratieskala, die in der amerikanischen Forschung unter dem Begriff „open Ego“ läuft: Ich öffne mich meinen Mitmenschen, habe das Gefühl, daß ich in Kooperation mit ihnen mehr bewirke als allein, und weiß mich ihrer Hilfe in schwierigen Lagen sicher. Auf diese Weise entstehen Teamgeist und Hilfsbereitschaft.

Ein wichtiges Kriterium für die Stärke der Verwurzelung demokratischer Einstellungen und Werthaltungen ist die sogenannte „affektive Bindung“: Man bejaht die liberale Demokratie nicht nur mit dem Kopf, als „Vernunftrepublikaner“, sondern fühlt sich den Werten seiner politischen Kultur als

Herzenssache verbunden. Man konnte nicht annehmen, daß solche affektive Bindung sich rasch entwickelte, und wieder sind es nur die jüngeren Jahrgänge, die sie ausgebildet haben, allerdings mit einer die Forscher überraschenden Intensität.

Wir bleiben einen Augenblick bei diesem Punkt, weil zusammen mit ihm eine Eigenheit zu besprechen ist, die zum ersten Mal das Thema einer spezifisch deutschen demokratischen Kultur in den Blick bringt: der starke Sinn der Deutschen für wirtschaftliche Effektivität. Man hat die affektive Bindung an die demokratische Kultur unter anderem mit der Frage erkundet, worauf man in seinem Lande besonders stolz sei. Ende der fünfziger Jahre waren die Westdeutschen vor allem auf ihre Wirtschaftserfolge stolz, dazu auf eine Kategorie, die sich „Volkseigenschaften“ nannte. Das neue politische System der Deutschen hingegen brachte es damals nur auf sieben Punkte gegenüber 85 Punkten in den USA. Heute hat das politische System im Bevölkerungsdurchschnitt über 30 Punkte erreicht und bei den jüngeren Altersgruppen den Stolz auf die Wirtschaft überholt. Es steht an erster Stelle, während „Volkseigenschaften“ weit abgeschlagen sind.

Wirtschaftliche Effektivität war in der deutschen Politikgeschichte stets auch ein Kriterium politischer Leistungsfähigkeit. Das galt schon für den preußischen Staat, das galt für das wilhelminische Deutschland, das galt für Hitler, das hat auch dem demokratischen Regime nach 1945 viel Sympathie eingetragen. Aber der Gesichtspunkt wirtschaftlichen Wohlstandes und ökonomischer Stabilität hat sich in der deutschen Politikgeschichte häufig verselbständigt und lieferte auf diese Weise den einzigen Gradmesser für ein wünschbares politisches Regime. In diesem Sinne waren viele Westdeutsche besonders der älteren Jahrgänge noch über Jahrzehnte bereit, Verletzungen demokratischer Spielregeln um den Preis wirtschaftlichen Aufschwunges hinzunehmen. Der Zusammenhang von Wirtschaftskrisen und Rechtsextremismus ist in Deutschland seit der Weimarer Republik bekannt. Heute ist das Bild günstiger, und man kann hoffen, daß die Deutschen sich von dem Trauma einer Wirtschaftskrise und der mit ihr verbundenen Reaktion des Rufs nach dem „starken Mann“ zu befreien beginnen. Trotzdem muß man vermuten, daß die Bundesrepublik im Vergleich zu den alten Demokratien Wirtschaftskrisen gegenüber anfälliger ist.

II. Was heißt „demokratisch“?

In der bisherigen Darstellung zeigte sich die Bundesrepublik Deutschland als eine politische Kultur, die im Laufe der Jahrzehnte den Anschluß an die demokratische Kultur westlichen Musters gefunden hat. Als Kriterien galten Normen, Werte und Einstellungen, die vor allem von amerikanischen Forschern entwickelt wurden. Diese Beurteilung wirft eine Fülle von Fragen auf, von denen ich einige behandeln will unter der eingangs gestellten kritischen Anfrage, ob sich Deutschland eigentlich nach Kriterien beurteilen lassen kann, die nicht aus seiner eigenen Politikgeschichte stammen, sondern von anderen Nationen unter anderen Bedingungen in einer anderen Tradition über Jahrhunderte herausgebildet wurden. Diese Frage wird immer wieder gestellt und ist berechtigt. Verschärft stellt sie sich jetzt, wo zwei deutsche Staaten nach fast einem halben Jahrhundert wieder zusammenkommen. Dabei lasse ich theoretische und methodische Probleme, welche die politische Kulturforschung als solche betreffen, außer Betracht. Ihre Behandlung würde inzwischen ein eigenes Buch erfordern. Sie kommen nur da zur Sprache, wo es um Implikationen geht, die für unser Thema von Belang sind. Das gilt gleich für das erste Beispiel.

In der ersten großen vergleichenden Untersuchung Mitte der fünfziger Jahre trafen die amerikanischen Forscher auf eine Ungereimtheit, die sie irritierte. Zeigten die Westdeutschen im ganzen die Umrisse einer durch ihre Geschichte geprägten autoritären politischen Kultur, so verdarben zwei Resultate das Bild: Die Westdeutschen wiesen den besten politischen Kenntnisstand der verglichenen Länder auf, und sie zeigten eine ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung. Diese beiden Ergebnisse ließen sich auf den ersten Blick schlecht mit dem übrigen Bild in Einklang bringen. Welchen Sinn sollte es haben, politisch gut informiert zu sein und zur Wahl zu gehen, wenn man gleichzeitig der Meinung war, auf die Politik habe der einfache Mann keinen Einfluß, solle auch keinen nehmen; über Politik zu sprechen führe nur zu Nachteilen im Beruf und zu Streit in der Familie; eine Partei sei besser als ein Vielparteiensystem; die Opposition habe die Regierung zu unterstützen; der starke Mann sei der wichtigste Faktor in der Politik, und Kompromisse seien schwächlich?

Die Widersprüche klärten sich sehr einfach auf: Eine gute Kenntnis des politischen Regimes und seiner Anforderungen hatte jedes autoritäre Regime in Deutschland stets von seinen Untertanen verlangt: damit sie den Willen der Regierung kannten und ausführen konnten, denn „Unkenntnis

schützt vor Strafe nicht“. Und was die Beteiligung an der Wahl angeht, so war die nun und neuerdings geforderte politische Aktivität der Bürger die demokratische Wahl, nach Hitlergruß im nationalsozialistischen Deutschland und dem Strammstehen im kaiserlichen. Man ging zur Wahl, nicht um auf die Politik Einfluß zu nehmen, sondern um der Pflicht eines guten Staatsbürgers auf neue Weise zu genügen.

Handelte es sich bei diesem Beispiel noch um ein Mißverständnis, das durch historisch reflektierte Interpretation rasch aufzuklären war, so zeigt das folgende Beispiel eine Schwierigkeit ernsthafterer Natur: Es gibt westdeutsche Sozialwissenschaftler, welche die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen den sogenannten Anomiefaktoren zurechnen (zusammen mit Drogensucht, Kriminalität, Streikneigung, Selbstmordrate, politischer Apathie und allen möglichen Entfremdungserscheinungen). Nun weiß man aber, daß Wehrdienstverweigerer auf der Demokratieskala signifikant hohe Werte für das liefern, was man eine demokratische Persönlichkeit nennen mag (Partizipation, Toleranz, Sinn für Minderheiten und Opposition). Wehrdienstverweigerer müßten dem Demokratiepotezial zugerechnet werden. Solange die Armee aber zum unverzichtbaren Bestand der Sicherheitspolitik einer Demokratie gehört, kann man Wehrdienstverweigerung sehr wohl zu den Anomiefaktoren zählen, insofern sie einer der wichtigsten Institutionen des Landes ihre Unterstützung entzieht. Eine paradoxe Situation: die Gefährdung des demokratischen Staates durch Demokraten. Man sieht, wie politische Kulturforscher unmittelbar im politisch heißen Feld operieren.

Das umstrittenste Thema solcher ambivalenten Beurteilung der westdeutschen Nachkriegsgeschichte ist die Studentenbewegung der späten sechziger und frühen siebziger Jahre. Die Studenten wiesen in Untersuchungen eine höhere Bejahung des Konfliktes als Wesenselement der Demokratie auf. Das trug ihnen in der Bewertung eines westdeutschen Sozialforschers das Urteil ein, die Studentenschaft sei die mit Abstand demokratischste Gruppe. Die Treffsicherheit dieses Urteils bestreitet u. a. Peter Graf Kielmansegg: Konfliktbereitschaft und Konflikttoleranz seien zwei verschiedene Dinge: „Konfliktbereitschaft für sich genommen ist kein sehr sicherer Indikator demokratischer Kultur. Auf die Konflikttoleranz im Sinne der Bereitschaft, im Konflikt das Recht des Konfliktgegners auf eine andere Meinung zu respektieren, kommt es an. So wäre denn auch jene Affinität zum politischen Kon-

flikt, die Kaase in seiner Untersuchung von 1973 bei den Studenten in so hohem Maße festgestellt hat und die vor allem seiner Einschätzung, die Studentenschaft sei die ‚bei weitem demokratischste Gruppe‘, zugrundelag, zu befragen: Handelte es sich da wirklich um Konflikttoleranz oder nicht doch – die tatsächlichen Verhältnisse an den deutschen Universitäten zu Ende der sechziger Jahre legen diese Deutung näher – lediglich um Konfliktbereitschaft, um die Bereitschaft, für die eigenen Überzeugungen auf die Straße zu gehen und sich selbst das Recht zuzusprechen, ohne allzuviel Rücksicht auf die öffentliche Ordnung zu demonstrieren? Wenn es sich so verhielte, könnte es bei dem Urteil ‚die bei weitem demokratischste Gruppe‘ wohl nicht einfach bleiben.“

Trotz mancher Bedenklichkeiten gibt es Gründe, die für die Vernunft einer universalen Demokratieskala sprechen. In dem Maße, in dem unsere Erde immer kleiner wird, die Märkte zusammenwachsen, der Reiseverkehr die Menschen zusammenbringt und die Kommunikationssysteme die politischen Informationsmöglichkeiten weiten, ergibt sich die praktische Notwendigkeit, auch die politischen Kulturen aufeinander zu beziehen. Früher ging man von der Verschiedenheit politischer Kulturen aus. Als Reisender stellte man sich auf die verschiedenen „Nationalcharaktere“, „Tempera-

mente“ und „Philosophien“ ein, rechnete mit den unterschiedlichsten Funktionsweisen der Regierungen, Verwaltungen, Gerichte. Im übrigen verfuhr man strikt nach dem Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Landes. Militärbündnisse und Handelsbeziehungen wurden von der Frage der politischen Kultur nicht betroffen.

Das ist heute anders geworden. Bei internationaler Kooperation, in bilateralen oder multilateralen Bündnissen und Militärpakten kann die Frage nicht mehr ignoriert werden, welche politischen Kulturen jeweils unter ein Dach kommen. Die politischen Werthaltungen spielen eine zunehmende Rolle; es gibt Verurteilungen der innenpolitischen Verhältnisse anderer Länder und politische Konsequenzen daraus. Die Bündnispartner der NATO müssen sich für die politischen Kulturen ihrer Vertragspartner interessieren und tun dies in der Praxis auch.

Geht man von der Möglichkeit einer gemeinsamen Skala liberaldemokratischer Einstellungen und Werthaltungen aus, lassen sich gewisse Defizite der Westdeutschen feststellen. Ich nenne die wichtigsten und frage nach den Einflüssen, mit denen wir durch das Hinzukommen der DDR rechnen müssen.

III. Defizite der politischen Kultur

1. Mangelnder Sinn für Opposition

Einstellungsforscher haben immer wieder herausgefunden, daß die Westdeutschen es im Vergleich zu den Bürgern der alten Demokratien an Konfliktfähigkeit und in der Folge an Kompromißfähigkeit fehlen lassen. Das nimmt nicht wunder, wenn man bedenkt, daß die deutsche Politikgeschichte wenig oder gar keinen Sinn für politische Opposition ausbildete. Der Parlamentarische Rat war deshalb gut beraten, der jungen deutschen Demokratie eine Form von Parlamentarismus zu verschreiben, die eine „konstruktive“ Oppositionsrolle erzwingt: durch das sogenannte Arbeitsparlament, in dessen Ausschüssen alle Parteien vertreten sind und in der Gesetzgebungsarbeit kooperieren müssen. Der Westdeutsche sieht mit Befriedigung, daß sogar die Ausschußvorsitzenden zuweilen einer Partei der Opposition angehören. Das wäre in Britannien undenkbar, und der harte Konfrontationskurs, den die Opposition im Unterhaus fährt, wäre vermutlich bei uns in hohem Maße unpopulär.

Unpopulär ist der Stil unserer Bundestagsdebatten für große Teile der DDR-Bevölkerung. Ein Beispiel für die Konfliktscheu in der früheren DDR lieferte der damalige Konsistorialpräsident und heutige Ministerpräsident Manfred Stolpe in einer Diskussion im Süddeutschen Rundfunk im Juni 1990. Er beklagte das veränderte politische Klima nach Bildung der Parteien und Auflösung des Runden Tisches: Man könne nicht mehr vertrauensvoll miteinander reden, es sei „wie in Bonn“. Hier kommt ein altes deutsches Politikmuster zum Vorschein: Politik soll Streit vermeiden, nicht schlichten.

2. Mißachtung von Minderheiten

Wenn eine Opposition besonders klein ist, hat sie wenig Aussicht auf Beachtung. Nicht das Sachargument, sondern die Stärke, mit der es vertreten wird, zählt. Zu viele Westdeutsche sind immer noch der Meinung, eine Opposition, die in einer Abstimmung unterlegen sei, solle künftig den Mund in die-

ser Sache halten. Das gilt um so mehr, je kleiner die Opposition ist.

Man muß fürchten, daß in bezug auf diesen Schwachpunkt aus der ehemaligen DDR wenig Hilfe kommt. Minderheiten ging es dort schlecht, sie kamen ins Gefängnis, hatten berufliche Nachteile zu erleiden und wurden gemieden. Das vergißt sich nicht so schnell. Vermutlich bedarf es hier neuer nachwachsender Generationen. Das würde der Entwicklung in Westdeutschland entsprechen, wo es auch nicht die Älteren waren, die ihre Meinung in diesem Punkte änderten.

3. Ordnung, Ruhe und Sicherheit

Ein Leitbegriff deutscher Politikgeschichte war „Ordnung“. Das Wort steht immer noch hoch im Kurs. Wer Unordnung bringt, gefährdet die öffentliche Sicherheit und ist ein potentieller Staatsfeind. Vor politischer Unruhe müssen vor allem die Staats- und Volksvertreter geschützt werden. 1955 richtete der Bundestag die Bannmeile wieder ein, aus Sorge vor dem „Druck der Straße“. In Bremen kennt man die Bannmeile nicht; das sei alte republikanische Tradition, meint der Präsident der Bremer Bürgerschaft, „der Marktplatz vor dem Rathaus ist die Stätte, wo sich die Bürger seit alters her politisch artikulieren. Dabei soll's bleiben.“

Wer den Staat „verunglimpft“, kann dafür bis zu drei Jahre eingesperrt werden. Dieser Paragraph 90 a Strafgesetzbuch würde in Schweden lächerlich wirken: Die Demokratie kann gar nicht beleidigt werden, weil sie selbstverständlich und nichts besonders Herausgehobenes ist, zusammen mit dem Recht zur politischen Kritik. Und was ihre Repräsentanten betrifft, so müssen sie Beleidigungen dort eher dulden als einfache Bürger, weil sie ihnen an Macht überlegen sind.

In Deutschland mißtraut der Staat dem Bürger. Wer die Volkszählung boykottierte, dem drohte ein Bußgeld bis zu 10 000 DM. Die traditionelle Sicherheitsneurose schließt eine tiefsitzende Angst vor politischer Bewegung ein. Partizipationswünsche geraten auf diese Weise als solche in den Verdacht der Staatsgefährdung und des Umsturzes. Emanzipationsregungen werden mit Mißtrauen verfolgt und unter dem Gesichtspunkt geprüft, ob hier womöglich eine Einbruchsstelle zur Auflösung des Staates vorliegt.

Das gilt auch für geistige Störpotentiale und für intellektuelle Störenfriede aus Profession. Man muß sie bekämpfen, als „Wegbereiter“: „Zeitgenössische deutsche Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt.“ So lautet der Titel einer Schrift, die man 1988 sogar über die Bundes-

zentrale für politische Bildung in Bonn bestellen konnte. Der Verfasser wittert überall den geistigen Umsturz und ist nicht zimperlich: Kaum einer unserer bedeutenden Schriftsteller, der hier nicht vorkäme.

An vielen Stellen unserer politischen Kultur vernimmt man noch vordemokratisches Mißtrauen gegenüber dem Bürger. Man muß ihm auf die Finger sehen, auch wenn er noch nichts angestellt hat: Es gibt „innere Feinde“, deren Bekämpfung man vorverlegen darf in den Bereich der „Gefährdung“. Hier werden nicht Straftatbestände erhoben, sondern Fakten zusammengetragen, die sich an dem Bild gesellschaftlicher Normalabweichung orientieren – einerlei, welcher Art sie sind.

Aus der ehemaligen DDR darf man keine Gegenkräfte gegen diese Tendenzen erwarten, im Gegenteil: Die westdeutsche Gesellschaft galt besonders den älteren DDR-Bürgern als in vieler Hinsicht zu lax, zu freimütig, zu bunt, zu unordentlich und, was die Jugend anging, zu aggressiv. Man nannte das „amerikanisch“ und hätte es ebenso gut „niederländisch“ nennen können: Im europäischen Vergleich finden sich die Niederländer häufig an der Spitze von Emanzipationsbewegungen und ungewöhnlichen Formen dafür, während die Österreicher in dieser Hinsicht das Schlußlicht bilden. Nun wird es wohl die Bevölkerung der DDR sein und die Bundesrepublik damit nicht nur statistisch, sondern auch in der Realität ein kräftiges Stück nach rückwärts drängen.

4. Verrechtlichung

Wer in der Sache unsicher ist, hält viel von Formen. Preußen war das Land der Formen und Uniformen. Militarismus bezeichnet die durchgängige Vorbildrolle der Armee für alle anderen Institutionen. Militärischer Ton herrschte in der Familie, und Hausmeister benahmen sich wie Polizisten. Heute ist die westdeutsche Gesellschaft nicht mehr militaristisch, aber geblieben ist die Neigung, das Leben in Gesetze und Verordnungen zu fassen.

Amerikanische Politologen nennen die Deutschen „A law- and court-minded people“ (gesetzes- und gerichtsorientiert). Bei dieser Tendenz zur Verrechtlichung aller Lebensgebiete wirken zwei typisch deutsche Erwartungen zusammen: daß generelle Regeln dem sozialen Leben am ehesten entsprechen, und daß mit solchen Regeln, sobald sie erlassen sind, die Probleme erledigt sind.

Die Verrechtlichung unseres sozialen und politischen Lebens hat Folgen, die mit demokratischen Grundsätzen in Widerspruch geraten können:

– Der juristische Sinn für „Einheit“ und „Durchgängigkeit“ von Gesetzen hemmt häufig eine flexible und bürgernahe Problemlösung.

– Anstelle von politischen Lösungen, die auf Zeit gelten, herrschen Gesetze und Urteile, die durch nachfolgende Verordnungen, Analogien und Auslegungen Zustände auf alle Zeit festschreiben: Statik statt Dynamik.

– Das Parlament gerät an nachgeordneter Stelle politischer Macht, wenn Gerichte und Verwaltungen das Sagen haben oder es diesen politische Entscheidungen überläßt.

– Die Verrechtlichung der Politik erzwingt im Gegenzug die Politisierung des Rechts: Der Richter wird zum Politiker und die Besetzung von Richterstellen zu politischen Entscheidungen ersten Ranges.

– Die Bürger bleiben in dem obrigkeitlichen Glauben, Gerichtsurteile seien „hoheitlicher“ als Parlamentsbeschlüsse.

Was den Einfluß der DDR auf die aus der deutschen Politik-Tradition stammende Neigung zur Verrechtlichung angeht, so kann man nicht hoffen, daß die schlimmen Erfahrungen mit dem realsozialistischen Unrechtsregime prinzipielle Zweifel in eine durchgängige justizförmige Form von Politik geweckt hätten. Erfahrene Rechtsbrüche des DDR-Regimes konnten vermutlich den aus deutscher Geschichte stammenden tiefen Respekt vor Gesetzen als den eigentlichen Motoren des politischen Prozesses nicht beseitigen. Auch der Nationalsozialismus hatte hier keinen Wandel geschaffen, sondern ehemalige Nazirichter beriefen sich im Gegenteil auf die damals geltende politische Situation als rechtlich anzuerkennende.

5. Das Verfassungshaus

Als der Staat nach Hitler viel von seiner Würde eingebüßt hatte, wollte man mit der Verfassung neuen Grund legen. Auf diese Weise wurde preußische Staatsvergottung durch eine Verfassungsvergottung ersetzt, die in anderen Demokratien unbekannt ist. Dort ist die Verfassung die Satzung, nach der Konflikte ausgetragen werden, ein Spielfeld mit Linien und Linienrichtern. Vor allem aber bietet die Verfassung Schutz vor staatlichen Übergriffen.

Bei uns entwickelte sich das Grundgesetz immer mehr zu einem Haus. Man spricht von „Einheit“, vom „Sinnganzen“ und natürlich wieder von „Ordnung“. 1965 hieß es dazu in einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes: „Vornehmstes Interpretationsprinzip ist die Einheit der Verfassung als eines logisch-teleologischen Sinngebildes, weil das

Wesen der Verfassung darin besteht, eine einheitliche Ordnung des politischen und gesellschaftlichen Lebens der staatlichen Gemeinschaft zu sein.“

Diese Auffassung von der Verfassung als eines Hauses ist eine speziell deutsche Erfindung, zusammen mit der Rolle des Beamten als ihres Hauswarts. In einer weiteren Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zum Extremistenbeschluß 1972) heißt es, der Staat müsse sich darauf verlassen können, daß der Beamte „sich in dem Staat, dem er dienen soll, zu Hause fühlt – jetzt und jederzeit und nicht erst, wenn die von ihm erstrebten Veränderungen durch entsprechende Verfassungsänderungen verwirklicht worden sind“.

Wenn das Verfassungshaus fertig und seine Zimmer möbliert sind, darf es keine Veränderung mehr geben. Ein solches Verfassungsverständnis ist undemokratisch: Erstens ist das Grundgesetz nur in einem sehr kleinen Teil unabänderlich, und zweitens ist die Demokratie die Staatsform gesellschaftlichen Wandels. Sie schützt gerade nicht den Staat als das unwandelbar Bestehende, sondern erlaubt Kritik an ihm und ermutigt zu Diskussionen über politische Veränderungen. Über sie entscheidet das Parlament, nicht aber das Bundesverfassungsgericht.

Auch im Blick auf diesen Punkt darf man durch die neue Vereinigung von seiten der DDR wenig Korrekturen erwarten. Wie im Falle der Verrechtlichung muß man befürchten, daß die deutsche Politik-Tradition der Vorherrschaft rechtlicher Bestimmungen vor politischer Diskussion und Abstimmung tief in der politischen Kultur in der DDR verankert ist und es vermutlich auch hier der jüngeren Generationen bedarf, um einen Wandel herbeizuführen.

6. Technokratie

Einen Staat ohne Staatsidee hat man Preußen genannt. Das Urteil gilt für alle deutschen Staaten seither, einschließlich der Bundesrepublik. Die Technokratie ist eine spezifisch deutsche Versuchung, aus der Not einer fehlenden politischen Idee die Tugend einer Politik der „Sachzwänge“ zu machen. Dabei hat die Wirtschaft stets den Vorrang gehabt. Technokratische Vorstellungen lagen der Illusion zugrunde, der preußisch-deutsche Obrigkeitsstaat sei neutral, stehe im Dienste keiner Interessen und sei nur auf das Wohl des Bürgers bedacht. Die spezifisch deutsche Unterscheidung von Staat und Gesellschaft hat technokratische Implikationen.

Längst weiß man, daß die Technokratie keine politische Theorie, sondern eine Herrschaftsideologie ist, die von unterschiedlichen Gruppen und im

Dienste unterschiedlicher Ziele vorgetragen wird. Deutsche scheinen ihr gleichwohl besonders viel zuzutrauen und abzugewinnen.

Wie weit die neue Vereinigung der beiden deutschen Staaten diese Tendenz steigert oder vermindert, ist schwer zu sagen. Vielleicht wirkt der in der DDR erfahrene Zusammenhang von behaupteter wirtschaftlicher Effektivität im Interesse des Volkes und der gleichzeitigen ideologischen Verschleierung von Herrschafts- und Bereicherungsabsichten

einer Partielite als ein Schock gegen die Idee eines interessenneutralen Sachverständigen. Vielleicht wirkt die Befreiung von ideologischen Zwängen aber auch umgekehrt zur Vorstellung eines scheinbar partei- und interessefreien politischen Handelns, das nur so und nicht anders gedacht sein kann. Ich habe diese Beurteilung der Technokratie in Ostblockstaaten zur Zeit des Stalinismus häufig angetroffen: Endlich soll der Sachverständige von Experten herrschen anstelle von Parteien und Ideologien!

IV. Die zukünftige Gestalt der politischen Kultur in Deutschland

Der künftige Weg der deutschen Politikgeschichte und die zukünftige Gestalt der politischen Kultur in Deutschland hängen vom Zusammenspiel verschiedener Faktoren ab, deren Bedeutung bereits bekannt sind: von der weiteren Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Wege zu einer liberalen Demokratie mit weiterer Abkehr von den autoritären Resten, die ihr schaden müssen; von der Abwendung der DDR-Bevölkerung von der ungebrochenen autoritär-totalitären Politikgeschichte dieses Teiles Deutschlands; vor allem aber von der Interaktion beider Entwicklungen: Werden rückwärtsorientierte Kräfte in der Bundesrepublik sich mit rückwärtsgewandten Tendenzen in der ehemaligen DDR verbinden und auf diese Weise die demokratische Kultur des neu vereinigten Deutschlands zurückwerfen? Oder wird die neue demokratische Kultur der Bundesrepublik genügend Überzeugungskraft ausstrahlen, um die Strukturen und Einstellungen in der ehemaligen DDR rasch in Richtung der westlichen demokratischen Werte zu verändern? Für die Aussichten sind folgende generellen Überlegungen wichtig:

Während die Bundesrepublik Deutschland nach 1945 die bürgerlich-kapitalistische Tradition Deutschlands fortführte und sich, wie wir sahen, langsam vom autoritär-faschistischen Erbe löste zugunsten einer politischen „Marktorientierung“ westlichen Musters, blieb die DDR im autoritär-totalitären Fahrwasser der deutschen Politikgeschichte. Und schlimmer: Der sozialistische Staat verließ mit dem brutalen Umbau seiner Gesellschaft die bürgerlichen Traditionen und schuf eine kleinbürgerliche Gesellschaft, für die das Syndrom „Unterschicht-Autoritarismus“ durchgängig Bedeutung bekam; Angst, der Urfeind der Demokratie, nistete sich überall ein, und die militärisch-autoritär-totalitäre Tradition Preußen-Deutschlands fand eine moderne Fortsetzung. Erste Einstellungsfor-

schungen des Allensbacher Institutes zeigen eine beklemmende Parallele der Werthaltungen und politischen Einstellungen in der heutigen DDR mit denen in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre. Es könnte sein, daß die Weise des Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten im Sinne einer Bekräftigung der alten Politikgeschichte wirkt.

Wieder wäre es dann die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die den ausschließlichen Gesichtspunkt für den Wert oder Unwert eines politischen Regimes ausmache. Darin würde sich die Geschichte der Bundesrepublik zunächst wiederholen. Wichtig, ja unverzichtbar ist, daß dann auch die Konvertierung wirtschaftlicher Effektivität in demokratische Stabilität gelingt.

Worauf es ankommt, ist eine möglichst rasche Modernisierung in Verbindung mit einer möglichst rasch greifenden Demokratisierung. Hierbei kann die Wirtschaft, mehr als damals in der frühen Bundesrepublik, hilfreich sein und von sich aus der politischen Kultur auf die Beine helfen: durch ein innerbetriebliches Klima der Angstfreiheit und Freimütigkeit, durch Aktivitäten in der Region, die über rein ökonomische Interessen hinausgehen, durch Fortbildungs- und Umschulungsprogramme, durch Kooperation mit politischen Aktivitäten. Die Wirtschaft ist auf diese neue Rolle durchaus vorbereitet. Sie weiß auch, daß sie mit ihren Strategien in einem sozialen Raum agiert, für den die politische Kultur von wachsender Bedeutung ist.

Wie man weiß, hält sich die Begeisterung der Westdeutschen über die Neuvereinigung der deutschen Nation in Grenzen. Jedenfalls ist den Jüngeren diese Frage nicht so wichtig wie den Älteren. Ich denke, daß die Enttäuschung darüber nicht entmutigen muß. Man kann die Sache auch anders bewerten: Wer dem Faktor „Nation“ weniger Bedeutung

zumißt, ist eher fähig, den Blick nach vorne zu wenden, das heißt in Richtung Modernisierung, Demokratisierung, Verfassungspatriotismus und Europa. Denn darauf kommt es vor allem an, daß das neue 80-Millionen-Volk der Deutschen, nachdem es

seine staatliche Einheit wiedererlangt hat, von dem Willen beseelt bleibt, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, wie es in der Präambel des Grundgesetzes heißt.

Die Außenpolitik Deutschlands

Alte Herausforderungen und neue Probleme

Unter dem Titel „Zweimal deutsche Außenpolitik“ veröffentlichte Heinrich End zu Beginn der siebziger Jahre eine wichtige Studie, die sich mit den internationalen Dimensionen des innerdeutschen Konflikts beschäftigte¹⁾. Heute müßte diese Studie gewissermaßen rückwärts geschrieben werden. Nicht mehr die doppelte und gegensätzliche Vertretung deutscher Interessen ist das Problem, vielmehr die Zusammenführung der bislang auf verschiedenen Waagschalen ins Gewicht fallenden deutschen Interessen in einem Staatsverband.

Dabei fällt auf, daß ein größerer Teil der hiesigen und in anderen Ländern geführten Debatten über dieses Thema in vielleicht verständlicher, indes ganz unangemessener Weise rückwärtsgewandt bleibt. Die eigentümlichen Schwierigkeiten der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und einiger ihrer einflußreichen Berater mit dem vereinigten Deutschland, die im Juli 1990 auch in ihren eher komischen Seiten rüchbar wurden, sind nur ein besonders exponiertes Beispiel für diese Retro-Antizipation. Sie kreist um die Fragen, welche Rolle Deutschland mit seinem gewachsenen politischen und ökonomischen Potential in der Region Europa und im internationalen System spielen will und wird, und ob diese Rolle nicht eine Neuauflage des deutschen Hegemoniestrebens der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg und des Nationalsozialismus mit umfaßt.

So abwegig diese Vorstellung auch ist, so wenig läßt sie sich mit dem Hinweis auf ihre Absurdität bei-

seite räumen. Aber auch die einheimische Debatte kann nicht gerade als wegweisend bezeichnet werden. In der Hauptsache liegt das gewiß an der unumgänglichen Priorität, die das Thema der Vereinigung Deutschlands und ihrer Modalitäten beanspruchte. Dennoch ist es zwiespältig, daß die über Jahrzehnte geführte öffentliche Debatte um die Ziele und Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland weitgehend verstummt ist, obwohl doch unübersehbar ist, daß die meisten der dabei angesprochenen Probleme vom Status- und Rangwechsel des Akteurs Deutschland verändert, aber keineswegs überwunden wurden.

Nachdem die inneren Aspekte der Vereinigung der beiden deutschen Staaten im „Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ sowie im „Einigungsvertrag“ geregelt und im „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ die äußeren Aspekte des Vereinigungsprozesses vereinbart wurden²⁾, ist es geboten, die außenpolitische Orientierungsdebatte wieder konzentrierter aufzugreifen. Analysen über wechselnde Deutschlandbilder und Standortwahrnehmungen³⁾ sowie über die Zusammenführungs-Kooperation der beiden deutschen Staaten, die im Moment der Vereinigung ja keineswegs hinfällig, sondern umso dringlicher wurden⁴⁾, müssen ergänzt werden durch Untersuchungen über die Bedingungen, Möglichkeiten und Prioritäten bei der Einbeziehung des größeren Deutschland in internationale Handlungszusammenhänge.

¹⁾ Heinrich End, *Zweimal deutsche Außenpolitik. Internationale Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949–1972*. Köln 1973.

²⁾ Vgl. den „Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: *Bulletin*, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 63 (18. Mai 1990), S. 517 ff.; den „Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: *Bulletin*, ebd., Nr. 104 (6. September 1990), S. 877 ff.; den „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ zwischen den vier Sieger-

mächten und den beiden deutschen Staaten, in: *Bulletin*, ebd., Nr. 109 (14. September 1990), S. 1153 ff.

³⁾ Vgl. Karl Rudolf Korte, *Der Standort der Deutschen. Akzentverlagerungen der deutschen Frage in der Bundesrepublik Deutschland seit den siebziger Jahren*. Köln 1990.

⁴⁾ Vgl. Wolfgang Heisenberg, *Sicherheitspolitische Bedingungen und Handlungsmöglichkeiten für die deutsch-deutschen Beziehungen in den 90er Jahren*; Cord Schwartz, *Wirtschaftspolitische Bedingungen und Handlungsmöglichkeiten für die deutsch-deutschen Beziehungen in den 90er Jahren*. Forschungsberichte der Friedrich-Naumann-Stiftung, Königswinter 1989.

I. Unsicherheiten des internationalen Systems

Die Gestalt und Struktur des internationalen Systems nach dem Ende des Ost-West-Konflikts lassen sich gegenwärtig nur schwer bestimmen⁵⁾. Dasselbe gilt für die Zukunft der europäischen Staatenordnung. Versuche dazu blieben bisher vornehmlich normativ geprägt⁶⁾. Das ist weder verwunderlich noch zu beklagen — schließlich bildet genau diese normative Diskussion um die Westintegration Deutschlands eines der wesentlichen Elemente in der Perception von europäischer Stabilität und politischer Kultur in Deutschland. Die Anbindung der früheren DDR an Westeuropa durch die Bundesrepublik und die enger werdende Verbindung der meisten ost- und ostmitteleuropäischen Staaten mit der EG werden zweifellos die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Europa zu einer regionalen Ordnung demokratisch-parlamentarischer Staaten mit marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften fördern. (Die Polemik gegen einen „DM-Nationalismus“ erinnert dagegen nur an bildungsbürgerliches Innerlichkeitsstreben, das in sehr zweifelhaften Traditionen deutschen politischen Denkens steht)⁷⁾.

Nicht die deutschen, nicht einmal die europäischen Veränderungen machen das Entscheidende am Wandel des internationalen Systems der Gegenwart aus, obwohl beide ein dramatischer Ausdruck dieses Wandels sind. Dieser Wandel schafft Rahmenbedingungen, die beim Kalkül der außenpolitischen Chancen und Horizonte der Akteure des internationalen Systems in Rechnung gestellt werden müssen. Schlüsselbegriffe, die Merkmale und Hauptrichtungen der Veränderung des internationalen Systems bezeichnen, lauten: Globalisierung, Regionalisierung, Transregionalisierung und Re-Nationalisierung. Die mit diesen Begriffen bezeichneten Vorgänge hängen zusammen und ergänzen einander (zuweilen auf widersprüchliche Weise).

Globalisierung: Politische, ökonomische, kulturelle Handlungszusammenhänge nehmen mehr und mehr einen planetarischen Charakter an. Es entste-

⁵⁾ Vgl. als eindrucksvolle und überaus anregende Studie über die Unwägbarkeiten der internationalen Beziehungen der Gegenwart: James N. Rosenau, *Turbulence in World Politics. A Theory of Change and Continuity*. Princeton, N. J. 1990; ferner Wilfried von Bredow, *Nation und internationales System*. Referat auf dem 25. Deutschen Soziologentag, Frankfurt 1990 (vervielf. Manuskript).

⁶⁾ Vgl. Dieter Senghaas, *Europa 2000. Ein Friedensplan*. Frankfurt 1990; Thomas Jäger, *Deutsche Interessen und europäische Politik*, in: *liberal*, (1989) 4, S. 9–19.

⁷⁾ Vgl. Jürgen Habermas, *Der DM-Nationalismus*, in: *Die Zeit* vom 30. März 1990; zur Kritik daran: Henning Ritter, *Die Ökonomie als die Quelle alles Bösen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11. April 1990.

hen — in der Regel: asymmetrische — Interdependenzen, die oft nur die Reaktion auf Probleme sind, die ebenfalls planetarischen Charakter besitzen und also nur in Koordination überaus zahlreicher und verstreuter Akteure in Angriff genommen werden können. Vermittlungsinstanz von wachsendem Einfluß für die Definition solcher Probleme und das internationale Bewußtsein von ihnen sind die Medien.

Regionalisierung und Transregionalisierung: Großräume mit Zentrum und Peripherien hat es auch früher gegeben. Neu ist jetzt, daß diese teils geographisch-geopolitisch, teils historisch-kulturell, teils „zufällig“ zur Gestalt werdenden Räume sich voneinander nicht abgrenzen lassen, ja sich teilweise überlappen, und daß es zwischen ihnen nicht wirklich um einen „Kampf um die Nummer Eins“⁸⁾ geht. Die Großregionen (z. B. Europa, USA, Japan und die Staaten des pazifischen Beckens) sind auf Kooperation und Koordination angewiesen. Großregionen bilden Räume für „erleichtertes Handeln“; aber sie bleiben miteinander verknüpft.

Re-Nationalisierung: Ethnische Gruppen in multiethnischen Großstaaten, ethnische Minderheiten in Nationalstaaten, aber auch manchmal die Majoritäten in solchen Staaten bilden eine militant gewendete kollektive Identität aus und leiten daraus die Forderung nach einem eigenen Staate oder nach Verringerung der Präsenz nationsfremder Individuen und Gruppen auf „ihrem“ Territorium ab. Die Gründe für dieses Verhalten sind vielfältiger Natur und reichen vom (über globale Kommunikation vermittelten) Bewußtsein der eigenen Unterdrückung bis hin zur Angst vor dem Tempo der Globalisierung, die Statusunsicherheit und Orientierungsprobleme mit sich bringt und bedrohlichen Charakter annehmen kann.

In Europa sind — zu Beginn der neunziger Jahre nachdrücklicher denn je — alle drei Prozesse zu beobachten. Wie sie mit- und gegeneinander wirken werden, läßt sich schwer absehen. Aber eines ist, entgegen dem Tenor der im Frühjahr und Sommer 1990 geführten außenpolitischen Auseinandersetzungen in Publizistik und akademischen Zirkeln, mit Nachdruck zu betonen: Im Zentrum der Unwägbarkeiten der europäischen Entwicklung steht

⁸⁾ Hier liegt das Manko der in den USA mit Heftigkeit geführten Auseinandersetzungen um die These vom „Abstieg“ der USA als Weltmacht Nummer Eins, die ausgelöst wurde von Paul Kennedy, *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt 1989, bes. Kap. 8.

nicht die deutsche Frage, sondern stehen die westeuropäische und vor allem die sowjetische Frage. In einem ersten Überblick lassen sich hier vier besonders wichtige Aspekte der Entwicklung einer europäischen Ordnung⁹⁾ ausmachen:

— Die Bedeutung des Faktors Militär sinkt. Zwar ist es falsch, eine vollständige Abrüstung der Arsenale des Ost-West-Konflikts zu erwarten, weil die demonstrative Sicherung der „Freiheit der Eigenentwicklung“ (Löwenthal) auch in den Strukturen asymmetrischer Interdependenz für eine Gesellschaft wichtig bleibt. Die Aufgaben und entsprechenden Ausrüstungen und Ausbildung der Streitkräfte werden sich indes erheblich wandeln. Auf der Basis von Truppen und Rüstungspotentialen wird sich Europa jedenfalls nicht zu einer funktionsfähigen Großregion entwickeln lassen¹⁰⁾.

— Hingegen wächst die Bedeutung des ökonomischen, technologischen und sozial-organisatorischen Potentials der Gesellschaften¹¹⁾. Auf diesen Gebieten hat die Realisierung sowjetsozialistischer Normen gänzlich versagt, während unterschiedlich

akzentuierte marktwirtschaftliche Konzepte ihre Tauglichkeit bewiesen haben.

— Die ehemaligen sozialistischen Staaten werden sich, je nach Lage rascher oder über Umwege, in pluralistische Demokratien und ökonomische Marktsysteme wandeln, zugleich aber auch im Maße dieser Umstellung in internationale und transnationale Handlungskontexte integriert werden.

— Status und Prestige, damit auch der Einfluß eines Staates im internationalen System werden in Zukunft stärker vom Ausmaß seiner Fähigkeit bestimmt werden, bei der Lösung oder Milderung anstehender globaler oder regionaler Probleme kooperativ und effizient mitzuwirken. Internationale Politik wird immer weniger eine Summierung bilateraler Beziehungen; sie nimmt mehr und mehr einen multilateralen Charakter an.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen gewinnen die sowjetische und die westeuropäische Frage Kontur.

II. Die sowjetische Frage

Alle politischen und wirtschaftlichen Vorgänge in der UdSSR sind gegenwärtig nur mit größter Unsicherheit zu beurteilen. Niemand kann die Frage beantworten, welche Ordnung, ja welche äußere Gestalt dieser Staat in ein paar Jahren angenommen haben wird¹²⁾. Der Bankrott der bisherigen Ordnung wurde auf allen Ebenen offenbar: politisch, wirtschaftlich, sozial. Die sowjetsozialistischen Regime in der UdSSR und den mit ihr verbündeten Staaten vermochten nicht mehr, der gesellschaftlichen Entwicklung auf der Basis der ideologisch vorgegebenen Strukturen Steuerungsimpulse zu geben, obwohl doch genau dieser Anspruch im Mittelpunkt des Selbstverständnisses der marxistisch-leninistischen Eliten stand. Strukturpassungen, Reformen also, sind verpaßt worden. In

diesem Prozeß der Umstürze und Umstellungen in Ost- und Ostmitteleuropa verlor die UdSSR das, was man etwas maliziös ihr „europäisches Imperium“ genannt hat. Der Widerspruch zwischen dem sowjetischen Anspruch nach außen und ihren inneren Ressourcen war nicht mehr zu überdecken¹³⁾.

Gewiß: Die politischen und sozialen Veränderungen im östlichen Europa wären ohne die sowjetische Reformpolitik so nicht möglich gewesen. Die innergesellschaftlichen Konflikte hätten sich auf andere Weise, vielleicht mit Verzögerungen, Bahn gebrochen. Daraus kann man jedoch nicht schließen, daß die Veränderungen von der sowjetischen Führung so, wie sie erfolgt sind, auch gewollt wurden. Eine Ausnahme bildet vermutlich Rumänien. Jedenfalls werden die Präsidialrats- und Politbüro-Protokolle der Jahre 1989/90 einmal eine äußerst spannende Lektüre sein. Unsere These ist, daß die sowjetische Führung die Möglichkeiten einer raschen und durchgreifenden wirtschaftlichen Veränderung falsch eingeschätzt hat und darüber hinaus auch ein unzureichendes Bild davon hatte, welcher politischen Veränderungen es bedurft hätte, um in

⁹⁾ Wir bevorzugen hier den Terminus „europäische Ordnung“. Andere Autoren benutzen für denselben sachlichen Kontext lieber Metaphern wie „gemeinsames europäisches Haus“ oder „neue politische Architektur Europas“. Wir bescheiden uns damit, Politologen zu sein und keine Baumeister oder Landschaftsgärtner.

¹⁰⁾ Zur sozialwissenschaftlichen Begründung dieser These vgl. Walter Bühl, *Transnationale Politik. Internationale Beziehungen zwischen Hegemonie und Interdependenz*. Stuttgart 1978, S. 179 f.

¹¹⁾ Dies ist Konsens der zivilen wie militärischen Experten der internationalen Beziehungen.

¹²⁾ Vgl. Gerhard Simon, *Der Umbruch des politischen Systems der Sowjetunion*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 19–20/90, S. 3 ff.

¹³⁾ Vgl. die grundlegende Darstellung bei Seweryn Bialer, *The Soviet Paradox. External Expansion, Internal Decline*. New York 1986.

relativ kurzer Zeit eine dynamische Wirtschaftsentwicklung in der UdSSR in Gang zu bringen.

Im Rückblick auf den Beginn seiner Reformpolitik 1985 hat Michail Gorbatschow einige Jahre später geschrieben: „Im selben Jahr (1985) wurden in wichtigen Bereichen von Wissenschaft und Technologie fundierte und umfassende Programme ausgearbeitet, die darauf abzielen, den entscheidenden Durchbruch herbeizuführen und bis zum Ende des Jahrhunderts zum Weltniveau aufzuschließen.“¹⁴⁾ Es ging dabei nicht um einige Prestigeprojekte, sondern um eine neue Investitions- und Strukturpolitik, also die Basis der sowjetischen Wirtschaft. Die seitherige Entwicklung bestätigt das Urteil, daß die sowjetische Führung sich Illusionen über die Voraussetzungen für einen „entscheidenden Durchbruch“ macht. Die bündnispolitischen Folgen der mangelnden sowjetischen Führungsmöglichkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet lassen sich am Schicksal des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ablesen¹⁵⁾. War schon seit Jahren in wichtigen Fragen — etwa der des konvertiblen Zahlungsverkehrs — keine produktive Bündnispolitik mehr möglich¹⁶⁾, so hat sich die Rolle des RGW für die Staaten des östlichen Europa immer mehr in Richtung auf Schadensabwicklung reduziert. An eine Reform des RGW ist nicht zu denken.

Zwar wurde im Frühjahr 1990 die Einführung von Weltmarktpreisen und der Übergang zur Verrechnung in Hartwährungen zum 1. Januar 1991 beschlossen, jedoch ist völlig unklar, wie dies funktionieren soll. Entsprechende Abkommen wurden nicht geschlossen. Dem werden auch weiterhin die Nicht-Konvertibilität der nationalen Währungen, die Nicht-Existenz einer anerkannten Preisgestaltung (ausgenommen der Energielieferungen) und die Unsicherheit hinsichtlich der bürokratisch-ökonomischen Ansprechpartner entgegenstehen. Die osteuropäischen Staaten verfolgen statt dessen eine Strategie bilateraler Wirtschaftskooperationen; das Ziel Ungarns, der ČSFR und Polens ist die Angliederung an die EG.

Ähnlich aussichtslos ist die Lage des Warschauer Pakts, nachdem die früher diktierte politische Ho-

¹⁴⁾ Michail Gorbatschow, *Perestroika. Die zweite russische Revolution — Eine neue Politik für Europa und die Welt*, München 1989, S. 31. Seither ist in regelmäßigen Abständen von einer „Radikalisierung“ der Wirtschaftsreformen die Rede — und davon, daß sie nicht greifen wollen.

¹⁵⁾ Vgl. Siegfried Kupper, *Der RGW bleibt bestehen. Zur Diskussion auf der 45. Tagung des östlichen Wirtschaftsverbundes*, in: *Deutschland Archiv*, (1990) 3, S. 391 ff. (Der Titel ist ironisch zu verstehen.)

¹⁶⁾ Zur Entwicklung des RGW vgl. Adam Zwass, *Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe 1949—1987. Der dornige Weg von einer politischen zu einer wirtschaftlichen Integration*, Wien-New York 1988.

mogenität des Bündnisses verloren ist, bilaterale Abkommen gelöst worden sind und der frühere Feind zum Vorbild geworden ist. Bei der Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa wird die langsam zunehmende Heterogenität des östlichen Europa ein Faktor von Gewicht sein, wenn die bisherigen Block-zu-Block-Verhandlungen immer stärker durch nationale Interessen kompliziert werden.

Daß sich die weltpolitische Rolle der Sowjetunion — früher oft und etwas übereilt als „Supermacht“ qualifiziert — drastisch reduziert, versinnbildlicht eine Entwicklung, die sie nicht nur stärker auf Europa verweist, sondern gleichzeitig das sowjetische Dilemma Europas offenbar werden läßt. Dieses Dilemma geht auf besondere Weise auch die Außenpolitik Deutschlands an. Im Kern — und unverblümt ausgesprochen — handelt es sich dabei um die *politische Bündnisunfähigkeit* der UdSSR. Diese ergibt sich nicht aus der politischen Haltung ihrer Führungselite, sondern ist eine Frage ihres demographischen, geopolitischen und militärischen Gewichts sowie ihrer ökonomischen Stützungsbedürfnisse und ihrer internen sozialen, ethnischen und religiösen Spannungen. Nicht die Intentionen der politischen Führung der Sowjetunion, sondern die problembehaftete Komplexität ihrer zerrütteten inneren Strukturen und die bevorstehenden internationalen Deprivationen sollten im Zentrum der Analyse stehen. Denn der sowjetische Umstellungs- und Modernisierungsprozeß ist für die europäische Zukunft von überaus großer Bedeutung. Verläuft er einigermaßen friedlich und ohne gewaltsame Eruptionen, stehen die Chancen für eine europäische Ordnung relativ günstig (trotz der enormen Kosten, die zum Ausgleich des Gefälles im Lebens- und Produktionsstandard zwischen den beiden Hälften Europas aufgebracht werden müssen). Bei einem gewalttätigen Verlauf der sowjetischen Umgestaltung wären die Folgen für Europa kaum abzuschätzen.

Aber selbst bei einer (eher unwahrscheinlichen) günstigen Prognose für die UdSSR — wie soll das sowjetische Potential und wie kann die sowjetische Nachfrage nach Modernisierung bündnispolitisch eingebunden werden? Wie definiert sich künftighin die militärische Macht dieses Staates, der nach wie vor Weltpolitik betreiben will?

Die Konzepte und Vorstellungen, die darauf hinauslaufen, die UdSSR sozusagen europäisch kleinzuschreiben und sie sicherheitspolitisch und wirtschaftlich in der Region Europa aufgehen zu lassen, erscheinen uns ebenso illusionär, wie es das Entwerfen von Systemen regionaler kollektiver Sicherheit ist. Noch ist kein Ersatz für die nukleare Ab-

schreckung in Sicht. Ist also die UdSSR für eine politische Perspektive Europas der ausgeschlossene Dritte — „odd man out“? Im Moment scheint es so und liegt doch nicht im europäischen Interesse. Denn eine derart auf sich selbst gestellte UdSSR

bliebe eine unberechenbare Größe. Möglicherweise wird sich der Gang der Entwicklung an der sowjetischen Nationalitätenfrage entscheiden. Die strukturelle Unbekannte der europäischen Zukunft ist jedenfalls die UdSSR.

III. Die westeuropäische Frage

Bevor der Sturz des Honecker-Regimes in der DDR der Politik zur Auflösung der „Systemgrenze“ in Europa ihren schon fast revolutionären Schwung gab, wurde in der Bundesrepublik gerade eine Debatte neu aufgelegt, die schon einmal, in den frühen fünfziger Jahren nämlich, stattgefunden hatte und die auf die Alternative abzielte: Wiedervereinigung oder Westintegration¹⁷⁾. Diese Alternative hat sich als Irrlehre herausgestellt. Die Dynamik der westeuropäischen Integration hin zum Gemeinsamen Binnenmarkt 1993 ist durch die politischen Umstürze im östlichen Europa und durch die rasche Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht gebremst, sie ist im Gegenteil befördert worden. Vor allem die westdeutsche und die französische Europapolitik haben dies bewirkt — zum Teil aus identischen, zum Teil aber auch aus unterschiedlichen Motiven heraus. Gemeinsam ist beiden, daß sie Europapolitik mit stark deutschlandpolitischer Akzentuierung betreiben. Frankreich deswegen, weil es den irreversiblen Prozeß zur deutschen Einheit nur noch europapolitisch auffangen zu können glaubte — gegenseitige Abhängigkeiten und Souveränitätsverzichte zugunsten der europäischen Institutionen sollen den neuen Staat Deutschland einbinden. Auch die Bundesrepublik sicherte ihre Deutschlandpolitik europapolitisch ab. So läßt sich die Westintegration stabilisieren, lassen sich Sicherheit und Wohlstand der Deutschen gewährleisten und die Unterstützung der Verbündeten erhalten¹⁸⁾.

Die politische Integration in Westeuropa ist durch recht verschiedene Interessen multifunktional abgedeckt. Deshalb ist auch zu erwarten, daß die weltpolitischen Umstände für eine weitere Integrationspolitik günstig bleiben. Die europäischen Staaten selbst haben herausragende Interessen an der Errichtung und dem Ausbau eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes, der ihren internationalen Einfluß

erhöht. Die feste Einbindung Deutschlands wird weiterhin eine Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft bleiben, weil die Bedeutung von Ökonomie und Technologie die des Militärischen überragt. Aber schon heute hat die Ausbildung umfassender wechselseitiger Abhängigkeiten dazu geführt, daß Vorstellungen einer „deutschen Hegemonie“ in Westeuropa sachlich unbegründet sind. Sie haben allerdings als Untersuchungsmaterial für die Fragestellung „Angst in der Politik“ ihre Bedeutung¹⁹⁾.

Gleichzeitig mit der Dynamisierung ihrer Binnenintegration wächst der Europäischen Gemeinschaft die Aufgabe zu, die ehemals sozialistischen Länder Ost- und Ostmitteleuropas unter ihre Fittiche zu nehmen, und zwar aus eigenem Interesse am Abbau des Wohlstands- und Technologiegefälles zwischen West und Ost. Gelingt dies nicht, sind dort soziale Konflikte zu erwarten, die nicht ohne Auswirkungen auf Westeuropa bleiben würden. Die Ost-West-Migrationen deuten dies schon an. Zudem erfordert die Konstruktion einer neuen europäischen Ordnung einigermaßen stabile staatliche Akteure. Sie müssen nicht nur gleiche Grundprinzipien beachten (Rechtsstaatlichkeit), sondern sollten auch kompatible Strukturen ihrer gesellschaftlichen Systeme und vergleichbare sozio-ökonomische Standards ausbilden. Investitionen in die ramponierten Volkswirtschaften des östlichen Europa bedeuten für die Westeuropäer also nicht nur Investitionen in einen Markt der Zukunft, sondern auch in ein Europa mit politisch, sozial und wirtschaftlich kompatiblen Akteuren. Auch für diese Perspektive stellt die UdSSR das zentrale Problem dar.

Die westeuropäische Frage stellt sich somit auf vier Politik-Sektoren: der Entwicklung einer Politischen Union, der Errichtung eines über Westeuropa hinausreichenden Wirtschaftsraums, der sicherheitspolitischen Organisation der EG-Staaten und

17) Kritische Zusammenfassungen und Analysen dieser Debatte bei Thomas Jäger, *Europa neue Ordnung. Mitteleuropa als Alternative?*. München 1990, bes. Kap. 4; Andreas Barz, *Neutralität im Internationalen System*, Diss. phil., Kaiserslautern 1990.

18) Vgl. Werner Weidenfeld, *Die europäische Antwort auf die deutsche Frage*, in: Michael Mertes u. a., *Europa ohne Kommunismus*, Bonn 1990, S. 53–63.

19) Daß kollektive Ängste — oft mit Anachronismen und Vorurteilen durchsetzt, zugleich auch manipulierbar und „modernisierungsfähig“ — in der Politik eine wichtige Rolle spielen können, hat zuletzt die „Nachrüstungs-Debatte“ zu Beginn der achtziger Jahre demonstriert. Eine theoretisch inspirierte Analyse solcher Phänomene fehlt derzeit noch.

schließlich der Verknüpfung mit den anderen Großregionen der Weltpolitik und Weltwirtschaft.

Politische Union: Zunächst muß man von dem Gedanken Abschied nehmen, daß eine Politische Union in Europa so etwas wie ein neuer und überdimensionaler Nationalstaat wird. Tatsächlich wird hier ein Akteur entstehen, der sich sowohl von Nationalstaaten als auch von Bündnissen herkömmlicher Art unterscheiden wird. Das Spannende an diesem Prozeß ist, daß es für ihn keine historischen Beispiele gibt. Die Politische Union wird etwas Neuartiges sein. Nun könnte man sich die Entwicklung dahin sehr viel leichter vorstellen, wenn es sich bei den beteiligten Mitgliedern um eine Gruppe von Staaten handelte, die in gleicher Weise und in gleichem Tempo auf das gemeinsame Ziel voranschritten. Das ist aber nicht der Fall. Integrationsgeschwindigkeit und -wünsche differieren von Land zu Land. Und diese Differenzen werden sich keineswegs von selbst aufheben; im Gegenteil, sie werden sogar weiter zunehmen. Dennoch aber wird der Prozeß in Richtung auf eine Politische Union voranschreiten.

Größe des Wirtschaftsraums: Die Verhandlungen zwischen der EG und der EFTA haben unterstrichen, daß die politischen und wirtschaftlichen Asymmetrien zwischen ihnen schwierig auszubalancieren sind. Das liegt auch darin begründet, daß die Kompromißlage innerhalb der EG den Handlungsspielraum der Kommission nach außen ziemlich beschränkt. Weitere Probleme sind im Hinblick auf die RGW-Staaten zu gewärtigen, die einen Anschluß an die EG suchen. Es könnte passieren, daß die Entwicklung eines über Westeuropa hinausreichenden Wirtschaftsraums (horizontale Integration) mit dem Ziel der vertieften politischen Kooperation (vertikale Integration) in grobe Widersprüche gerät.

Europäische Sicherheit: Wie sollen die westeuropäischen Staaten künftighin ihre äußere Sicherheit organisieren?²⁰⁾ Drei unterschiedliche Perspektiven bieten sich an:

Erstens das fortdauernde Bündnis mit den USA und die Abstützung auf deren Abschreckungspotential.

²⁰⁾ Dieses Problem stellt sich nicht zum ersten Mal. Vgl. z. B. Bernard Burrows, Amerikanischer Atomschirm, NATO und europäische Verteidigungskooperation, in: Max Kohnstamm/Wolfgang Hager (Hrsg.), Zivilmacht Europa — Supermacht oder Partner?, Frankfurt 1973, S. 158—185. Zur Entwicklung der WEU vgl. Alfred Cohen, The Western Union and NATO. Building a European Defence Identity Within the Context of Atlantic Solidarity, London 1989.

Zweitens die Ausbildung einer Militärorganisation der EG, die eine eigene Abschreckungsmacht darstellt.

Drittens die Entwicklung eines Systems kollektiver Sicherheit in und für Europa, verbunden mit weitgehender Abrüstung und der Einrichtung von Schiedsgerichten mit Entscheidungskompetenzen, wobei diesen Institutionen Ressourcen zur Umsetzung ihrer Entscheidungen bereitstehen müßten.

Alle drei Perspektiven sind problematisch. Die Ausbildung einer westeuropäischen „Sicherheits-Union“ (einmal abgesehen davon, daß sie sich in der Öffentlichkeit nur schwer legitimieren ließe) würde unvermeidlich von der UdSSR als Bedrohung interpretiert werden und Europa erneut bipolar strukturieren. Das kann aber in niemandes Interesse liegen. Die Errichtung eines europäischen Systems der kollektiven Sicherheit ist wiederum an mannigfaltige normative Vorgaben gebunden, die nicht dem Stand der internationalen Politik entsprechen. Schon die Frage, wie sich ein solches System im sowjetisch-baltischen Konflikt verhalten würde, bleibt unbeantwortet. Kollektive Sicherheit ist eher als langfristige Zielvorstellung (und transregional) anzustreben. Das bedeutet, daß die derzeitigen sicherheitspolitischen Strukturen samt ihrer Probleme noch einige Zeit fortbestehen werden. Zu letzteren zählt vor allem die nukleare Abschreckung in der Spannung von nationalem und Bündnisinteresse, zählt auch die Statusdiskrepanz im europäisch-amerikanischen Verhältnis²¹⁾.

Verknüpfung mit anderen Großregionen: Die Schwierigkeiten der laufenden Verhandlungen im GATT (Uruguay-Runde) weisen darauf hin, daß trotz besserer Einsichten aller Beteiligten nationale und regionale Abschließungsinteressen weiterbestehen. Die Furcht vor einer „Festung Europa“ mag andernorts übertrieben sein und funktionalisiert werden, sie ist zumindest nicht ganz paranoid. Jede großregionale Umstrukturierung darf, bei Strafe ihrer baldigen Verkümmern, die transregionalen Verknüpfungen nicht vernachlässigen²²⁾.

²¹⁾ Zum Begriff der Statusdiskrepanz vgl. Maurice A. East, Statusdiskrepanz und Gewalt im internationalen System, in: Daniel Frei (Hrsg.), Theorien der internationalen Beziehungen, München 1977², S. 140—149.

²²⁾ Vgl. Wilfried von Bredow, Befriedete Ost-West-Beziehungen?, in: Sicherheit und Frieden, (1989) 4, S. 245.

IV. Die Vereinigung beider deutscher Staaten

Im Vergleich zu den Unwägbarkeiten, die für die politische Entwicklung in Europa aus der sowjetischen und der westeuropäischen Frage resultieren, nimmt sich der Prozeß der deutschen Vereinigung als geradezu unproblematisch aus; dies wurde zuletzt auch auf der KSZE-Konferenz in Paris (20. bis 22. November 1990) deutlich. Diese Wahrnehmung ist zwar optisch verkürzt, aber das liegt in der Hauptsache daran, daß ein wesentliches Motiv für den raschen Konsens über die deutsche Einheit in der historischen Alternativlosigkeit der Entwicklung für viele Akteure bestand. Die Verhandlungen über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit unterstreichen jedenfalls, daß eine westeuropäisch eingebundene Rolle Deutschlands in Europa keinen Ansatzpunkt für zukünftige, weltpolitisch dominante Konflikte darstellen wird.

Die Rasanz der diplomatischen Prozesse, die 1990 um die Vereinigung Deutschlands verliefen, ist schwindelerregend²³). Bis Anfang 1990 verfolgte nur die amerikanische Deutschlandpolitik die Einheit beider deutscher Staaten mit Priorität. In Frankreich versuchte man zuerst, die sich auflösende DDR zu stützen. Nachdem sich dies als hoffnungslos erwiesen hatte, verlegte sich die französische Regierung darauf, den Prozeß der Vereinigung strecken zu wollen. Hier gab es für kurze Zeit Übereinstimmungen mit der britischen Deutschlandpolitik, die aber selbst dann noch (etwas trotzig) auf „zwei Staaten“ beharrte, als die französische Deutschlandpolitik angesichts der Dynamik der Entwicklung zwischen beiden deutschen Staaten die Einheit in westeuropäischer Einbindung schon zu unterstützen begonnen hatte.

Die exponierte Position des Präsidenten der EG-Kommission Jaques Delors war für diese europapolitisch wichtige deutsch-deutsche Annäherung ebenso von Bedeutung wie das klare und laute Bekenntnis der Deutschen in der DDR zur staatlichen Einheit der Nation. International entscheidend aber war, daß der sowjetische Präsident Gorbatschow am 10. Februar 1990 gegenüber Bundeskanzler Kohl bei dessen Moskau-Besuch zusicherte, die Deutschen könnten in einem Staat leben. Damit vollzog er einen Bruch in der sowjeti-

schen Deutschland- und Europapolitik²⁴). Im Geflecht amerikanischer Unterstützung, französischer Akzeptanz und sowjetischer Zugeständnisse verstand es die westdeutsche Diplomatie, in nur sieben Monaten zwischen der Konferenz von Ottawa am 13. Februar 1990 und dem Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit, der am 13. September 1990 vom deutschen und sowjetischen Außenminister in Moskau paraphiert wurde, die außenpolitischen Bedingungen für den deutschen Einigungsprozeß herzustellen²⁵).

Die sowjetischen Vorschläge, die sich gegen einen raschen Einigungsprozeß und Handlungsfreiheit für den deutschen Staat richteten, konnten zurückgewiesen werden. Beim ersten „Zwei-plus-Vier“-Treffen in Bonn am 5. Mai 1990 schlug der sowjetische Außenminister Schewardnadse die zeitliche Trennung zwischen inneren und äußeren Aspekten der Einheit vor. Er konnte sich damit nicht durchsetzen, nachdem Bundeskanzler Kohl Kompromißbereitschaft in dieser Frage für die westdeutsche Regierung ausschloß. Ebenso blieb der sowjetische Vorschlag unberücksichtigt, die von Bundesrepublik und DDR eingegangenen Verträge sollten noch für eine Übergangsfrist von fünf Jahren gelten, wie es Schewardnadse auf dem Juni-Treffen in Ost-Berlin vorschlug.

Dabei war das Ziel der westdeutschen Regierung keineswegs, formaler Souveränitätskriterien wegen die Freiheit der Bündniswahl durchzusetzen. Vielmehr sollte dieses Recht zur freien Bündniswahl vereinbart werden, um die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands zu gewährleisten. So wie das Recht zur freien Bündniswahl nur durch die politische Bündnisintegration erreicht werden konnte, setzte die weitere Bündnisintegration die formale Entscheidungsfreiheit voraus. Hier stand die deutsche Diplomatie ganz in der Kontinuität von Adenauers Politik der Souveränitätserlangung durch Westintegration. Im Vergleich zum sowjetischen Positionswandel in dieser Frage ist die Debatte um Höchstgrenzen deutscher Streitkräfte (250 000 Mann forderte die Sowjetunion, auf 370 000 einigte man sich schließlich) fast nebensächlich.

Im Ergebnis bestimmt der am 12. September 1990 in Moskau paraphierte „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“²⁶):

²³) Vgl. Thomas Jäger (unter Mitarbeit von Wilfried von Bredow, Wolfgang Heisenberg und Cord Schwartau). Lösung der deutschen Frage im gesamteuropäischen Zusammenhang. Ein Forschungsbericht, hrsg. im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung von Hans-Jürgen Beyer, Königswinter 1990.

²⁴) Zum historisch-konzeptionellen Hintergrund vgl. Wolfgang Pfeiler, Deutschlandpolitische Optionen der Sowjetunion, Melle 1987.

²⁵) Einen ersten Überblick gibt Wilhelm Bruns, Die äußeren Aspekte der deutschen Einigung, Bonn 1990.

²⁶) Vgl. Anm. 2.

- die territoriale Festlegung auf das Gebiet der Bundesrepublik, der DDR und Berlins, also die endgültige Festlegung der deutschen Ostgrenze;
- den Verzicht auf die Herstellung, den Besitz und die Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen;
- die Begrenzung der deutschen Streitkräfte auf eine Höchststärke von 370 000 Mann;
- die Modalitäten des Aufenthaltes sowjetischer Streitkräfte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR;
- das Recht der freien Bündniswahl.

Der Schlüsselsatz lautet: „Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“ (Art. 7.2) Bis zum Abschluß der Ratifikationsverfahren in den Unterzeichnerstaaten wurden von den Vier Mächten ihre Rechte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes suspendiert. Mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes war die Bundesrepublik Deutschland formal ohne Einschränkung souverän. Im Zusammenhang mit dem „Souveränitätsvertrag“ stehen die Wiener Abrüstungsverhandlungen, die westdeutsche Wirtschaftshilfe an die Sowjetunion (im Rahmen des Überleitungsabkommens und der Ausfüllung des Vertrages über gute Nachbarschaft) sowie die Forcierung des westeuropäischen Integrationsprozesses.

Die politische Unauffälligkeit des „Souveränitätsvertrages“ im Gefüge der Probleme des Umbruchs der internationalen Beziehungen und der europäischen Neuordnung ist seine bedeutendste Qualität. Politisch unauffällig ist er vor allem aus drei Gründen: erstens, weil die Regelungen mit den dominanten Handlungsrationen des westdeutschen Akteurs vereinbar sind und eine Basis für die evolutionäre Entwicklung der deutschen Außenpolitik bieten; zweitens, weil sie mit den Interessen anderer Staaten, auch den Interessen des bisherigen Konfliktgegners Sowjetunion, vereinbar sind; drittens, weil die internationale Einbindung des deutschen Staates durch die vereinbarten Prinzipien und Regelungen nicht verändert wird. Auch wenn die Bundesrepublik erst am 12. September 1990 eine internationale Vereinbarung über ihre volle Souveränität erhielt, wäre es politisch völlig falsch, den Souveränitätsbegriff in den Mittelpunkt der Wer-

tung dieses Vertrages zu rücken. Dieser Aspekt, der für die konzeptionelle Ausgestaltung der künftigen deutschen Außenpolitik nicht nachhaltig genug betont werden kann, wird bereits im Verhandlungsprozeß über die deutsche Einheit selbst deutlich. Schon in der Formel „Zwei-plus-Vier“ wird die Bedeutung der deutschen Staaten hervorgehoben. „Souveränität“, die in einer interdependenten Welt nur als Handlungschance in bestimmten Bindungen möglich ist, zeigte sich aber vor allem in Art und Stil der deutschen Diplomatie während der „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen.

Die Regelung der kontroversen Fragen in bezug auf Deutschland konnte rasch erreicht werden, weil mit den Interessen aller beteiligten Akteure kompatible Lösungen gefunden wurden. Diese Aussage kann jedoch nur vor dem Hintergrund der von uns oben skizzierten Tendenzen Globalisierung und Trans-Regionalisierung politisch produktiv gewertet werden. Denn eine Einigung war auch deshalb möglich, weil die Entwicklung der internationalen Beziehungen durch die Ausbildung immer komplexerer Akteursstrukturen die Bedeutung einzelner Akteure relativiert hat und weil viele globale Aufgaben vom Vereinigungsprozeß kaum berührt werden.

Während der „Souveränitätsvertrag“ gerade auch in Verbindung mit den korrespondierenden Verträgen über Abrüstung, Grenzziehung und bilaterale Beziehungen²⁷⁾ die Machtasymmetrien zwischen den Gesellschaften reflektiert – und eben nicht Fragen offen läßt, die vorherrschend im semi-autonomen Handlungsbereich der politisch-administrativen Eliten liegen, um deren Regelungsautorität gegenüber den Gesellschaften zu verstärken –, zielt die politische Bewertung des Vertrages in der Bundesrepublik gerade auf solch „nebensächliche“ Probleme. Gleichviel, ob die Feindstaatenklausel (Art. 53 und 107 der UNO-Charta) noch gilt oder nicht: Niemand verlangt von der deutschen Regierung, sich so zu verhalten, als gelte diese Klausel noch. Und für die gesellschaftliche Entwicklung in Europa ist dieses Problem bizarr-marginal.

²⁷⁾ Hier ist besonders der Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion vom 13. September 1990 hervorzuheben, abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. September 1990, S. 7.

V. Was bleibt von der DDR-Außenpolitik?

Die bisherigen Überlegungen hatten ihren Ausgang darin, die Rahmenbedingungen und Probleme bei der Zusammenlegung der beiden deutschen Außenpolitiken zu benennen und die außenpolitische Orientierungsdebatte wieder aufzunehmen. Jetzt stellt sich die Frage, welche Elemente der bisher „doppelten“ deutschen Außenpolitik in die künftig gemeinsame eingehen werden. Diese Frage kann nur im Blick auf die veränderte Weltlage, insbesondere das Ende des Ost-West-Konflikts²⁸⁾ beantwortet werden. Von den Grundsätzen der Außenpolitik der sowjetsozialistisch regierten DDR kann schon allein deshalb kaum etwas eingebracht werden, hat diese sich doch als Kampfinstrument in einer antagonistischen Konstellation verstanden. Ihr Hauptziel bestand darin, „gemeinsam mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten die günstigen internationalen Bedingungen für den sozialistischen und kommunistischen Aufbau zu sichern“²⁹⁾. Damit ist es vorbei. Ebenso haben andere Kategorien der sozialistischen Außenpolitik ihren Sinn verloren: der sozialistische oder proletarische Internationalismus, die friedliche Koexistenz, die solidarische Unterstützung des nationalen Befreiungskampfs der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus.

Auf der Ebene der großen Fernziele sowie des Ost-West-Konflikts ist die DDR-Außenpolitik gescheitert. Doch lohnt sich zu fragen, ob das in gleichem Maße für die „pragmatische Seite“ dieser Politik gilt, für die zwischenstaatlichen Beziehungen etwa mit der UdSSR und anderen RGW-Staaten oder gegenüber der Dritten oder Vierten Welt sowie innerhalb internationaler Organisationen. Die DDR war umfassend von der UdSSR abhängig, die als eigentliche Garantmacht ihrer Staatlichkeit fungierte³⁰⁾. Seinen deutlichsten Ausdruck fand dieses Verhältnis in Art. 6 Abs. 2 der Verfassung der DDR aus dem Jahre 1974, in dem es heißt: „Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet. Das enge und brüderliche Verhältnis mit ihr garantiert dem Volk

der Deutschen Demokratischen Republik das weitere Voranschreiten auf dem Wege des Sozialismus und des Friedens.“

Die politischen Kulturen der beiden Staaten profitierten nur ganz oberflächlich von dem wechselseitigen Kontakt. Mit der Neudefinition der staatlichen Interessen der DDR nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 haben die ostdeutsch-sowjetischen Beziehungen ihr Fundament eingebüßt. Gleiches muß man auch hinsichtlich der Beziehungen der DDR zu den anderen ehemals sozialistischen Staaten feststellen. Es ist frappierend, welche geringe Spuren die vierzig Jahre der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ in den Interessenprofilen und Perzeptionsmustern der beteiligten Gesellschaften hinterlassen haben. Die nationale Fragmentierung des östlichen Europa, die Konflikte zwischen Ungarn, Rumänen, Türken, Bulgaren, Tschechen und Slowaken sind das aus der Sichtweise eines überzeugten Sozialisten/Kommunisten gewiß deprimierendste und möglicherweise noch folgenreiche Versagen des Sozialismus/Kommunismus.

So hat die DDR gerade auf dem Gebiet ihrer engsten internationalen Beziehungen kaum etwas in eine gemeinsame deutsche Außenpolitik einzubringen. Exemplarisch kann dies am deutsch-polnischen Verhältnis verdeutlicht werden. Stellte die DDR nach dem Zweiten Weltkrieg in polnischer Wahrnehmung zunächst das friedliche gegenüber dem westdeutschen „revanchistischen“ Deutschland dar, so kehrte sich diese Wahrnehmung seit Mitte der siebziger Jahre ins Gegenteil um³¹⁾. Die Gemeinsamkeit der „systempolitischen“ Ausrichtung der polnischen und ostdeutschen Außenpolitiken griff nie auf die Ebene gesellschaftlicher Kooperation über³²⁾.

Die Westpolitik der DDR beschränkte sich darauf, internationale Anerkennung zu rekrutieren und Handelsbeziehungen aufzubauen. Diese Beziehungen blieben bei einem niedrigen Profil. Mit der DDR verlieren einige Staaten ein taktisches Instrument gegenüber der Bundesrepublik. Auch hier also: nichts Nennenswertes für die künftige deutsche Außenpolitik. Gleiches muß man von der Poli-

²⁸⁾ Mit diesem Terminus ist im übrigen nicht gemeint, daß alle Strukturen, Institutionen, Konzepte usw., die auf dem Ost-West-Konflikt beruhen, bereits verschwunden seien. Die „Aufräum-Phase“ wird noch viele Jahre benötigen.

²⁹⁾ Wörterbuch der Außenpolitik und des Völkerrechts, Berlin (Ost) 1980, S. 66.

³⁰⁾ Vgl. hierzu Bernhard von Plate, Die Außenpolitik und internationale Einordnung der DDR, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, Bonn 1989, S. 589–604.

³¹⁾ Vgl. Dieter Bingen, Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik aus polnischer Sicht 1969–1976, Königstein 1980.

³²⁾ Die antipolnischen Ressentiments in der DDR sind geradezu sprichwörtlich und übersteigen deutlich die in der Bundesrepublik.

tik der DDR gegenüber der Dritten Welt behaupten³³), einer Politik, die früher vor allem auf die Erlangung der Anerkennung als Staat zielte und später die Ausweitung des „sozialistischen Weltsystems“ anvisierte, oft in der Rolle als Stellvertreter und im direkten Auftrage der UdSSR. Entsprechend konzentrierte sich die wirtschaftliche und militärische Unterstützung auf die Staaten, die als Teil dieses Systems galten: Äthiopien, Sambia, Mozambique, Angola, Vietnam, Jemen, Nicaragua. Zeitgleich mit dem Zerfall des „Ostblocks“ haben viele dieser Staaten ihre ideologische Ausrichtung geändert, sei es über Wahlen wie in Nicaragua, sei es als

Reorientierung der politischen Elite wie in Äthiopien.

Auch von der Arbeit der DDR in internationalen Organisationen, vor allem den Vereinten Nationen, wird kaum etwas übrigbleiben. Das Gesamturteil über die Außenpolitik der DDR ist schließlich auch durch das Bemühen ihres „letzten“ und schon nicht mehr in der Kontinuität der „sozialistischen Außenpolitik“ stehenden Außenministers Meckel, den Liquidationsprozeß einer eigenständigen DDR-Außenpolitik hinauszuzögern, nicht im geringsten verändert worden.

VI. Die Außenpolitik Deutschlands

Die Außenpolitik Deutschlands wird aus der Außenpolitik der Bundesrepublik erwachsen, aber sie wird nicht mit ihr deckungsgleich sein. Denn die geopolitische Situation in Mitteleuropa hat sich verändert: Polen ist ein Nachbarstaat geworden, und die Sowjetunion rückt näher. Die Verantwortung für die Modernisierung im östlichen Europa wird steigen; schon während der Phase der ökonomischen Konsolidierung der früheren DDR (sie muß auch erst einmal erarbeitet werden!) wird sich der Anforderungsdruck aus dem internationalen Umfeld auf Deutschland verstärken.

Grundlage der Außenpolitik Deutschlands ist die westeuropäische Integration. Sie umfaßt die intra-regionale Anpassung der verschiedenen Politiken, aber auch die inter-regionale Verbesserung der Koordinations- und Steuerungsinstrumente weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Interdependenz sowie die bündnispolitische Gewährleistung der äußeren Sicherheit. Für all dies bietet die westdeutsche Europapolitik ein stabiles Fundament, und zwar sowohl für den weiteren Integrationsprozeß als auch für die über Europa hinausgreifende Kooperation. Auf dem Feld der deutschen Sicherheitspolitik wird es hingegen zu Modifikationen kommen, die für absehbare Zeit nur Übergangslösungen zulassen. Den Zeitraum für solche Übergangslösungen (z. B. NATO-Integration Deutschlands bei gleichzeitiger Sonderbehandlung des Territoriums der früheren DDR) sollte man billigerweise nicht zu kurz ansetzen.

Weil die Außenpolitik Deutschlands strukturell derjenigen der Bundesrepublik entsprechen wird, ist es möglich, einige Problemkreise zu identifizieren, die zu Konflikten oder Spannungen um die

internationale Stellung des neuen Akteurs führen können. Als besonders hervorstechende Probleme sind dabei zu nennen: die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA; die Statusdifferenz zwischen wirtschaftlichem Einfluß und militärischer Ohnmacht; die außenpolitische Souveränität Deutschlands.

Die sicherheitspolitische Abhängigkeit der westeuropäischen Staaten von den USA ist unterschiedlich. Frankreich und Großbritannien verfügen über eigene Nuklearwaffen-Arsenale. Italien und die Bundesrepublik blieben demgegenüber von den USA abschreckungs- und abrüstungspolitisch stark abhängig. Dies erfuhr die Bundesrepublik als „Frontstaat“ im Ost-West-Konflikt nachhaltig³⁴). Zeitweise stand sogar die Vorstellung im Vordergrund aufgeregter Debatten, wonach die beiden deutschen Staaten nichts als das doppelte Glacis der Weltmächte in Europa darstellten — ein Vorwurf an die Adresse der USA, der im übrigen noch schärfer gegenüber der französischen Sicherheitspolitik hätte erhoben werden können, was indes unterblieb³⁵).

Der sicherheitspolitischen Abhängigkeit wird auch ein vereintes Deutschland auf absehbare Zeit nicht entkommen, weil die UdSSR nicht auf ihre Nuklearwaffen verzichten wird, diese aber nur im Rückgriff auf die amerikanischen Potentiale ausgeglichen werden können. Damit sind Konflikte angelegt, weil der amerikanische „Abschreckungs-Service“ für Westeuropa politisch abgesichert werden

³⁴) Vgl. Leroy Miller, Die deutsche Doppelabhängigkeit, in: Beiträge zur Konfliktforschung, (1987) 1, S. 23–50.

³⁵) Diese eigentümliche Differenz unterstreicht, daß es sich bei der nuklearen Sicherheitspolitik im Ost-West-Konflikt in der Hauptsache um „symbolische Politik“ gehandelt hat. Diese Kennzeichnung macht sie nicht weniger wichtig, verändert jedoch den Bezugsrahmen für ihre Analyse.

³³) Vgl. Hans-Joachim Spanger/Lothar Brock, Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt, Opladen 1987.

muß und dies wiederum eine kompatible Politik gegenüber der UdSSR seitens der USA und Westeuropas voraussetzt.

Die sicherheitspolitische Schwäche Deutschlands, das weder eigene kriegsverhindernde Abschreckungsleistungen erbringen kann, noch eine dominierende Rolle im Prozeß der Rüstungsreduzierung spielen wird, steht in deutlichem Kontrast zu seinem wirtschaftlichen Gewicht. Dieser Kontrast kann in bestimmten Konflikten eine Milderung bewirken und den Handlungsspielraum des Akteurs erweitern; aber zwangsläufig ist ein solcher positiver Effekt keineswegs.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der außenpolitischen Souveränität Deutschlands. Nun muß man hierbei berücksichtigen, daß bei den modernen industriellen oder postindustriellen Gesellschaften mit ihren mannigfachen Verflechtungen auf den verschiedenen Ebenen sozialen Handelns die Vorstellung von Souveränität als unantastbarer Handlungsfreiheit ohnehin überholt ist. Hier kann Souveränität nur als Entscheidung zur

Handlungsbindung verstanden werden. Die Entwicklung wechselseitiger Abhängigkeiten zwischen Akteuren in internationalen Handlungskontexten entspricht genau dieser Rationalität von Handlungsbindung³⁶⁾. So steht die westeuropäische Integration Deutschlands nicht mehr zur Disposition außenpolitischer Souveränität.

Aber hier stoßen wir erst auf das eigentliche Problem — der internationale Standort der Deutschen wird es nötig machen, daß ihr Staat auch künftig eine Reihe selbstgewählter Bindungen akzeptiert. Die historischen Belastungen des 20. Jahrhunderts wirken sich dabei ebenso aus³⁷⁾ wie die nicht ganz einfache geopolitische Situation Deutschlands. Obwohl also formal und gewiß auch informell eine ganze Reihe von Restriktionen — etwa hinsichtlich der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs — für ein vereintes Deutschland hinfällig sind, bleibt doch der Anspruch oder die Erwartung von außen an die Deutschen, einige dieser Selbstbindungen nicht abzustreifen oder abstreifen zu wollen. Auch der Rekurs auf das Selbstbestimmungsrecht könnte dagegen nichts ausrichten.

VII. Außenpolitische Orientierungsdebatte

Die Außenpolitik Deutschlands wird weitgehend der der Bundesrepublik entsprechen. Dies wird nur auf dem Gebiet der Außenwirtschaftspolitik (die aber zunehmend auf transnationale Akteure übergehen soll) durch die Handelsverbindungen der früheren DDR mit der UdSSR unwesentlich eingeschränkt. Konzeptionell hat die DDR zur gemeinsamen deutschen Außenpolitik aus ihrer vierzigjährigen Geschichte hingegen nichts beizutragen. Deshalb kann man vermuten, daß in mittlerer Sicht die Westintegration Deutschlands gerade von der Bevölkerung der früheren DDR mit einem Fragezeichen versehen wird. Hier erwächst der politischen Bildung eine neue und umfassende Aufgabe, die darin besteht, eine realitätsangemessene Interpretation der Nachkriegsgeschichte zu vermitteln. Das wird, wie Nachrichten von Umstellungsschwierigkeiten im sekundären und tertiären Bildungssektor in der Übergangs- und Schlußphase der DDR befürchten lassen, gar nicht so einfach werden.

Aber auch in der Bundesrepublik lassen sich Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster beobachten, die eine Intensivierung der außenpolitischen Orientierungsdebatte nötig machen. Wir denken etwa an die Vorstellungen über die vollständige deutsche Abrüstung, über die Zielgerichtetheit und Erfolge der sowjetischen Reformpolitik, über die nun endlich möglich gewordene Distanz zu den USA oder die Reorientierung der deutschen Politik und Wirtschaft auf Ost- und Ostmitteleuropa. Mögen diese Vorstellungen auch gegenwärtig wenig Resonanz besitzen, so kann diese ihnen in schwierigen Phasen europäischer Politik doch zuwachsen, und es ist geraten, sich darauf vorzubereiten.

Schon bei der Diskussion über die Neuorganisation der NATO tauchen nicht wenige dieser Vorstellungen auf. Antiamerikanische Ressentiments, die sich in der Bundesrepublik seit zehn Jahren allmählich aufgestaut haben, können populistisch genutzt werden. In den USA wäre damit eine weitere Konjunktur der Isolationismus-Debatte vorprogrammiert.

Im Zentrum dieser Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster steht indes die Bewertung der sowjetischen Politik seit 1985. Daß diese Politik Abrüstung und Demokratisierung im östlichen Europa

³⁶⁾ Vgl. Robert Keohane, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*. Princeton, N. J. 1984.

³⁷⁾ Vgl. Wilfried von Bredow, *Kontextverschiebung. Neue Wahrnehmungshorizonte für die deutsche Frage in der internationalen Politik der neunziger Jahre*. Forschungsbericht der Friedrich-Naumann-Stiftung, Königswinter 1989.

faktisch ermöglicht hat, wird dabei mit ihrer Intention gleichgesetzt — als seien der Abschied vom Sozialismus, Demokratisierung und der eklatante sowjetische Einflußverlust die Ziele sowjetischer Politik gewesen.

Eine neue Qualität deutsch-sowjetischer Politik in den Mittelpunkt einer Neuordnung deutscher Außenpolitik zu stellen, wäre fatal. Denn erstens ist die sowjetische Entwicklung viel zu diffus, als daß sich stabile Perspektiven kalkulieren ließen. Zweitens braucht es eine einvernehmliche und gleichgerichtete Sowjetunion-Politik *aller* wichtiger westlicher Staaten (einschließlich Japans) und kein deutsch-sowjetisches Sonderverhältnis. Westintegration und Ostkooperation müssen — auch in dieser Reihenfolge — Grundlinien der deutschen Außenpolitik bleiben. Kurzfristige Entscheidungen für ein System kollektiver Sicherheit in Europa und dessen wirtschaftliche Fundierung würden Aufmerksamkeit und materielle Ressourcen von der zu forcierenden Westintegration ablenken und zugleich die künftige Entwicklung in Europa in viel zu starkem Maße von der politischen Entwicklung der UdSSR abhängig machen.

Wir haben versucht, die Prioritäten und Prinzipien der künftigen Außenpolitik eines vereinten Deutschland nicht allein unter dem Blickwinkel einer auf diesen neuen Akteur des internationalen Systems zentrierten Betrachtungsweise zu formulieren, sondern sie statt dessen aus dem Veränderungsschub dieses internationalen Systems selbst herzuleiten. Zu großen Teilen wird diese Außenpolitik Antwort auf neue Herausforderungen aus der internationalen Umwelt sein. Deswegen ist es wichtig, diese Herausforderungen schärfer in den Blick zu nehmen.

Eines ist jedenfalls unabweisbar: Wenn sich auch in der Region Europa mit dem Ende des Ost-West-Konflikts entscheidende Strukturveränderungen angebahnt und durchzusetzen begonnen haben, so ändern sich die Grundkennzeichen und Charakteristika des internationalen Systems als eines anarchischen Systems mit höchst verschiedenen, ihre jeweiligen Interessen verfolgenden Akteuren, ändert sich also auch die Natur von Politik *nicht*. Weil das so ist, bleibt sie ein schwieriges Geschäft, bei dem Patentlösungen und Heilserwartungen, Harmonieversprechungen und „gute Absichten“ für das, worauf es ankommt, eher im Wege stehen.

Hermann Glaser: Kultur und Gesellschaft in der Bundesrepublik. Eine Profilskizze 1945–1990

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/91, S. 3–15

Der Sturm, der vom Paradiese her wehe, treibe den Engel der Geschichte unaufhaltsam in die Zukunft – eine Zukunft, „der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.“ So Walter Benjamin in seiner wohl letzten Arbeit („Über den Begriff der Geschichte“), ehe er sich 1940 auf der Flucht vor den Nationalsozialisten in Spanien das Leben nahm. Damit war visionär-apokalyptisch die Stimmungslage vorweggenommen, in der man 1945, angesichts der totalen Niederlage, „Abschied von der Geschichte“ nahm.

Bald stellte sich freilich heraus, daß die Stunde Null eine solche nicht war, sondern die fatale Vergangenheit, vor allem die affirmative Kultur, durchaus weiterwirkte. Die Inventur, bei der man den „großen Worten“ den „Stuck abschlug“, wurde zwar gewagt; die skeptische Generation erwies sich als pragmatisch-nüchtern und ideologie-resistent. Doch zeigte sich auch eine weitverbreitete „Unfähigkeit zu trauern“, die jedoch – da sie kollektive Melancholie verhinderte – sich als Basis für wirtschaftliche Aktivität erwies. Das Wirtschaftswunder, das auf der einen Seite durch Oberflächenglanz bestach, auf der anderen den dumpfen Provinzialismus von ehemals überwinden half, entwickelte eine erfolgreiche Extrovertiertheit, die den Weg nach innen, wie er die Trümmerzeit bestimmt hatte, abbrach. Die Sehnsucht nach dem „schöneren Leben“ wurde erfüllt; ästhetische Farbigekeit charakterisierte den „schrägen Geschmack“ der Nierentisch-Periode.

Die studentische Jugend begann gegen die überkommenen Gesellschafts- und Politikstrukturen zu rebellieren; die erstarrten Verhältnisse wollte man zum Tanzen bringen, doch erstarrte man selbst bald in der Stereotypie des Jargons der Dialektik. Die Wendezeit gipfelte in der Postmoderne, deren „Beliebigkeitskultur“ Dogmatiken auflockerte, aber auch – bei Verzicht auf Realutopien – eine „neue Unübersichtlichkeit“ bewirkte. Posthistoire implizierte das Gefühl, daß von Geschichte eigentlich nichts mehr zu erwarten sei; da erbrachte die friedliche Revolution im Osten unter dem Motto „Wir sind das Volk“ eine neue, gewaltige Herausforderung, die den Weg ins 21. Jahrhundert bestimmen wird.

„Soviel Anfang war nie“ – was sich 1945 als eine aus der Verzweigung geborene Hoffnung erwies, charakterisiert in umfassender, durch Optimismus geprägter Weise die Perspektive des vereinten Deutschland. Die Bundesrepublik in ihrer neuen Phase hat die Chance, zum Bindeglied zwischen West und Ost und zum stabilisierenden Faktor in Europa zu werden, wenn sie Hybris vermeidet und Verfassungspatriotismus als oberstes Gebot begreift. Der Engel der Geschichte mag dann, in der Windstille des Friedens, auch wieder den Blick nach vorne richten können.

Martin Greiffenhagen: Die Bundesrepublik Deutschland 1945–1990. Reformen und Defizite der politischen Kultur

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/91, S. 16–26

Entgegen den düsteren Prognosen amerikanischer Sozialwissenschaftler, welche Mitte der fünfziger Jahre meinten, die Westdeutschen brauchten hundert Jahre, um zuverlässige Demokraten zu werden, hat sich die Bundesrepublik in wenigen Jahrzehnten zu einer stabilen Demokratie westlichen Musters entwickelt. Grund dafür ist u. a. die seltene Kombination von zwei Faktoren: der Schock einer katastrophalen militärischen Niederlage, verbunden mit wirtschaftlicher Hilfe ausgerechnet von seiten der ehemaligen Feindmächte. Hinzu kamen allgemeine Trends in der westlichen Welt: Rückgang autoritärer Familienstrukturen, Anstieg des Bildungsniveaus, Vermehrung der Freizeit, Einfluß des Fernsehens, das die Verbindung von Eliten und Öffentlichkeit veränderte. In Westdeutschland führte der enorme Wirtschaftsaufschwung zur Bildung einer neuen Mittelklasse. Diese wohlhabende Schicht initiierte zwei Entwicklungen, die für weitere Demokratisierung sorgten: bessere und längere Schulbildung und berufliche Positionen, die wiederum von sich her demokratische Werte stützten und förderten. Die Westdeutschen öffneten sich auch zunehmend Einflüssen von außen, durch Exportverbindungen, Tourismus, internationalen Jugendaustausch. Dieser Verkehr förderte eine Weltoffenheit, die Handels- und Seenationen schon für demokratische Ideen empfänglich gemacht hatten, weil sie sich „auszahlten“: als Sinn für Innovation, Pluralität, Toleranz. Die politischen Resultate dieser ökonomischen, sozialen und kulturellen Veränderungen: Anstieg des politischen Interesses, der Partizipation, des sozialen Vertrauens, schließlich auch der affektiven Bindung an das demokratische Regierungssystem.

Im Blick auf die neue gemeinsame politische Kultur der ehemals getrennten deutschen Staaten wird man fragen müssen, welchen Einfluß die lange autoritär-totalitäre Politikgeschichte Ostdeutschlands auf die westdeutsche Kultur haben wird, und weiter: ob es – wie damals – gelingen wird, über wirtschaftliche Stabilisierung einen raschen und nachhaltigen politischen wie gesellschaftlichen Wandel in den neuen Bundesländern zu bewirken.

Wilfried von Bredow/Thomas Jäger: Die Außenpolitik Deutschlands. Alte Herausforderungen und neue Probleme

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1—2/91, S. 27—38

Die politische Ordnung Europas verändert sich aufgrund struktureller Wandlungen des internationalen Systems. Ein Element in diesem Prozeß, der durch gleichzeitig voranschreitende Globalisierung, Regionalisierung und Re-Nationalisierung gekennzeichnet ist, ist die Vereinigung Deutschlands am Ende des Ost-West-Konflikts. Die Frage nach der künftigen Rolle des Akteurs Deutschland im internationalen System ist nicht zuletzt deshalb schwer zu beantworten, weil Unsicherheiten über die Entwicklungs- und Bündnisfähigkeit der UdSSR sowie über die Integrationsperspektiven der Europäischen Gemeinschaften herrschen.

Die deutsche Außenpolitik wird weitgehend in der Kontinuität bisheriger westdeutscher Außenpolitik verbleiben, damit aber auch weiterhin mit deren Strukturproblemen konfrontiert sein. Der sicherheits- und wirtschaftspolitische Standort der UdSSR in Europa, die Koordination zwischen den EG-Staaten und den anderen Großregionen sowie die neuen Anforderungen an die EG (Modernisierung Osteuropas, sicherheitspolitische Zusammenarbeit, Abbau wirtschaftlicher Asymmetrien) gehören zu den wichtigsten unter den Herausforderungen an deutsche Außenpolitik, die weiter auf das diplomatische Konzept der Multilateralität zurückgreifen wird. Die außenpolitische Orientierungsdebatte in der Bundesrepublik sollte dabei die Aufgabe haben, unrealistische Erwartungen — vollständige Abrüstung, kollektives Sicherheitssystem in Europa u. a. — abzubauen.